

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktag. Abonnementpreis mit Post: 10 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstr. 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.  
926 nur Geschäftsstelle.



Anzeigengebühr für die achtspaltige Pettzelle oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärts 25 Goldpfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.  
905 nur Redaktion.

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 175

Dienstag, 29. Juli 1924

31. Jahrgang

## Der Gedenktag der Kriegsoffer.

Auf Anregung der Reichsregierung werden am Sonntag, dem 3. August d. Js., im ganzen Reiche aus Anlaß der 10. Wiederkehr des Tages des Kriegsbeginns Gedenkfeiern für die Opfer des Weltkrieges veranstaltet werden, um der Ehrfurcht vor den Gefallenen und dem Dank für die Opfer, die das deutsche Volk im Kriege gebracht hat, in würdiger Weise Ausdruck zu geben. Zu diesem Zweck soll u. a. mittags Punkt 12 Uhr ein allgemeines, der Trauer um die Kriegsoffer gewidmetes Schweigen von 2 Minuten mit völliger Verkehrsstille eintreten.

Der Senat richtet daher hiermit an die gesamte Bevölkerung die Aufforderung, am 3. August um 12 Uhr mittags, 2 Minuten lang allen öffentlichen Verkehr ruhen und allgemeines Schweigen herrschen zu lassen. Er vertraut, daß alle Bevölkerungskreise unter Hintanhaltung politischer und wirtschaftlicher Gegensätze durch Einmütigkeit in der Rundgebung an der würdigen Gestaltung der Gedenkfeier mitwirken werden.

Lübeck, den 23. Juli 1924.

Der Senat der freien und Hansestadt Lübeck.

Die Form, die der Senat für die allgemeine Feier am 3. August gewählt hat, scheint auch uns die angemessenste. Mit Schwermut denkt man an die beabsichtigte offizielle Rundgebung in

Berlin mit Kanonendonner und einer schwarz-weiß-roten Fahne neben der Reichsflagge. Wir können zufrieden sein, daß uns dieses traurige Schauspiel erspart wird.

Zweifel wir werden uns nicht damit begnügen können, in 2 Minuten einen flüchtigen Gedanken an die Millionen zu senden, die dem entsetzlichen aller Kriege zum Opfer fielen. Wir wollen das Elend und den Jammer nicht vergessen, den der Wahnsinn der Regierungen über die blühenden Völker Europas gebracht hat.

Ein Gedanke beherrscht uns alle während des blutigen Mordens: Es muß das letzte Mal sein, daß solches Verbrechen an der Menschheit geschieht.

Diesen Gedanken heilig zu halten, was darin nicht irre machen zu lassen, das ist der Dienst, den wir unseren Toten schulden.

Alle Männer und Frauen, Arbeiter und Bürger, die diesem Gedanken die Treue gehalten haben, werden am Sonntag in einer großen Rundgebung Zeugnis geben von ihrem unerschütterlichen Willen zu ihrem Teile mitzutämpfen im Kampf gegen den Krieg, dem Kampf für eine neue Menschheit.

Den Aufruf der hier beteiligten Verbände werden wir in den nächsten Tagen an dieser Stelle bringen. Werbe schon heute jeder dafür, daß der Aufmarsch der Friedensstreunde am kommenden Sonntag der Gewalt des im Volke lebenden Friedenswillens entspreche.

## Langsamer Fortschritt in London.

Der augenblickliche Stand der Verhandlungen.

Paris, 29. Juli. (Radio.)

Die Hoffnung, daß die Plenarsitzung der Londoner Konferenz am Montag endgültig Entscheidungen bringen würde, hat sich nicht erfüllt. Sie hat zwar eine Reihe von Einzelfragen, die bisher noch in der Schwebe waren, endgültig geregelt, aber die entscheidenden Probleme sind noch immer offen und insbesondere in der Frage der Feststellung der Verletzungen und etwaiger Sanktionen ist man auch am Montag nicht einen Schritt weiter gekommen. Endgültig angenommen und zwar einstimmig wurde das von der zweiten Kommission ausgearbeitete Programm für die wirtschaftliche Räumung der besetzten Gebiete sowie ein Beschluß, der die Reparationskommission zur Mitte der Woche nach London zusammenberufen soll. Sie soll über die in ihr Ressort fallenden Fragen der Durchführung des Dawes-Planes mit den deutschen Delegierten verhandeln. Die Einladung an die deutsche Regierung ist zwar im Prinzip beschlossen worden, auf das Drängen der französischen Regierung aber der Zeitpunkt noch immer offen geblieben.

In einem an Macdonald gerichteten Schreiben hatte Herriot nochmals den Wunsch ausgesprochen, daß die deutschen Delegierten nicht eher zu direkten Verhandlungen mit den alliierten Regierungen zugelassen werden, als bis diese sich völlig geeinigt haben. Die Konferenz hat daher dem Delegationschef Vollmachten gegeben, über den Zeitpunkt selbst zu bestimmen.

Nach dem Petit Parisien soll in den Kreisen der französischen Delegation eine neue Formel erwogen werden, die von allen bisher beprochenen abweicht, da sie die rein politische Frage mit dem für Frankreich vitalen ökonomischen Programm der Sicherstellung der Naturalieferungen und der Ueberweisungen verknüpft.

In der ersten Kommission hat der amerikanische Vertreter u. a. die Erklärung abgegeben, daß die amerikanische Regierung die Durchführung des Dawes-Planes als einziges Mittel ansehe, das Europa aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herausführen könne. Das sei der Grund, daß Amerika zugestimmt habe, daß der wichtige Posten des Agenten für die Zahlungen mit einem Amerikaner besetzt werde, und daß es sich aktiv an der Suche nach einem Kompromiß in der Frage der Sanktionen beteilige.

## Die letzte Vollkonferenz.

Der offizielle Bericht.

SPD. London, 28. Juli. (Sig. Drahtber.)

Ueber den Verlauf der Vollkonferenz, die am Montag in London stattfand, wird folgende offizielle Verlautbarung verbreitet: Es wurde beschlossen, einen Ausschuss aus Juristen zu bilden, um über die Absätze f und k des fünften Teils der französisch-englischen Note vom 9. Juli (Ergebnis der Pariser Konferenz) zu beraten. Dieser Ausschuss wird aus Vertretern Belgiens, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens bestehen und durch einen amerikanischen Beobachter ergänzt sein. Der offizielle Bericht gibt dann die Beschlüsse des juristischen Komitees, das sich mit der Einladung Deutschlands zu befassen hatte, im Auszug wieder. Es besagt, daß Deutschland nach dem Versailler Vertrag freie Hand habe, die geforderten Reparationssummen aufzubringen. Der Dawes-Plan weiche davon ab, weil er feststellt, aus welchen Quellen Deutschland die Zahlungen erheben soll. Hinsichtlich der anzuwendenden Taktik, die eingeschlagen werden muß, um mit Deutschland zu einem Einverständnis zu gelangen, ohne irgendwie gegen den Versailler Vertrag zu verstoßen, wird bemerkt, daß Deutschland die Durchführung des Gutachtens verweigern und die Vorkehrungen hierzu Gegenstand eines besonderen Uebereinkommens sein müßten. Da der Versailler Vertrag ausschließlich die Reparationskommission als Vertreter der alliierten Regierungen zur Empfangnahme deutscher Repara-

tionszahlungen eingesetzt habe, soll auch sie in das als notwendig erachtete Uebereinkommen einbezogen werden. Andererseits sei die Wiederherstellung der staatlichen und ökonomischen Einheit Deutschlands keine Angelegenheit, die die Reparationskommission angehe. Dem es sei nicht die Reparationskommission, die deutsches Gebiet besetzt habe, und es könne darum auch nicht die Reparationskommission sein, die die Räumung Deutschlands festzusetzen habe. Diese Frage betreffe lediglich die alliierten Regierungen, die Deutschland besetzt haben und die anderen alliierten Regierungen, die an der Inkraftsetzung des Dawes-Planes teilnehmen, und natürlich auf der anderen Seite die deutsche Regierung. Folglich sei die Räumung der deutschen Gebiete durch ein Uebereinkommen zwischen den Alliierten und der deutschen Regierung zu regeln. Schließlich sei hinsichtlich der Durchführung des Dawes-Planes über verschiedene Punkte zwischen den alliierten Regierungen ein Einverständnis zu schaffen. Das gelte besonders für die Maßnahmen, die eventuell ergriffen werden sollen, falls Deutschland sich Verletzungen zuschulden kommen lasse. Das sei ausschließlich eine alliierte Angelegenheit. Nichtsdestoweniger dürfe man nicht übersehen, daß auch die deutsche Regierung mit der Sanktionsfrage befaßt werden müsse, weil die Zeichnung der internationalen Anleihe, die für die Durchführung des Dawes-Planes notwendig sei, nur in dem Vertrauen erfolgen werde, daß das wirtschaftliche Leben Deutschlands nicht durch unvorhergesehene Eingriffe von alliierter Seite gestört würde. Aus diesem Grunde müsse das interalliierte Uebereinkommen über die Sanktionen der deutschen Regierung in einer Form mitgeteilt werden, die ihr erlaubt, es bei den Verhandlungen mit Bankiers zu verwenden. Trotz der verschiedenen Maßnahmen zur Inkraftsetzung des Dawes-Planes und der Notwendigkeit dreier separater Uebereinkommen bleibe bestehen, daß der Dawes-Plan eine Einheit bilde und die Aufgabe der gegenwärtigen Konferenz sich darauf beschränke, seine vollständige und loyale Verwirklichung zu sichern.

## Kein Diktat für Deutschland.

London, 29. Juli. (Radio.)

Der Londoner Korrespondent des sozialdemokratischen Parlamentsdienstes in London schreibt zu dem Ergebnis der gestrigen Vollkonferenz u. a. folgendes: Da die Verhandlungen mit den Bankiers keinen Fortschritt am Montag erreicht haben und die Arbeiten des Eisenbahnkomitees weiterhin ruhten, wurde die Vollkonferenz auf den Bericht der Unterkommission über die Ruhr-Räumung und die prinzipielle Entscheidung über die Einladung Deutschlands beschränkt. Die geleistete Arbeit stellt tatsächlich einen Fortschritt dar.

Die bedingte Einladung Deutschlands schafft Klarheit, daß Deutschland zur Distinktion und nicht zur Entgegennahme eines Diktats empfangen werden soll. Die Hauptfrage der deutschen Vertreter auf der Konferenz wird in der Diskussion der technischen Einzelfragen über die Ruhr-Räumung bestehen. Daß in Wirklichkeit eine Distinktion gestellt ist, ergibt sich daraus, daß der Bericht der zweiten Kommission nicht im Wortlaut veröffentlicht wurde. Anstatt wurde darauf verwiesen, daß diese Grundfrage der Distinktion ein weiterer Beweis dafür ist, daß die Alliiertenkonferenz sich selbst auf die Inkraftsetzung des Sachverständigenberichts beschränken will. Der etwaige Verzicht der deutschen Regierung, darüber hinaus zu gehen, wäre zum Scheitern verurteilt. So sehr man auch in englischen Kreisen der deutschen Einladung mit Sympathie gegenübersteht, so sehr spricht man doch inoffiziell die Befürchtung aus, daß durch eine falsche Taktik und infolge der Unkenntnis der Konferenzatmosphäre die Deutschen sich ihre Chancen verküpfen können. Die Tatsache, daß die Kommission am Mittwoch vormittag einberufen ist, zeigt, daß man eine Einigung mit den Bankiers erhofft. Diesen Fall vorausgesetzt, werden die deutschen Vertreter am Wochenende in London erwartet, sodas die Einladung wahrscheinlich am Donnerstag erfolgen wird.

## Kämpf für die neue Schule!

Der Klassencharakter der Schule.

S. Lübeck, 29. Juli.

Klassenherrschaft, Ausbeutung einer Klasse durch die andere ist der Fluch, der seit Jahrtausenden auf der Menschheit lastet; „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ das Ziel, um das sie seit Jahrhunderten ringt.

Auf drei Säulen ruht und ruht die Macht der herrschenden Klasse, auf der Macht im Staat, auf der Macht über die Wirtschaftsgüter, auf dem Alleinbesitz der Kulturgüter. Eine Machtposition stützt die andere. Der Staat sorgt dafür, daß das Eigentum der Wenigen geheiligt sei, daß Bildung nicht in unberufene Hände gelange, der Geldsack bezahlt willfährig „Gelehrte“, die Schule hat für „gute Gesinnung“ zu sorgen.

Der Staat kann auf revolutionärem Wege erobert werden, in der Wirtschaft kämpfen Arbeiter- und Konsumentenorganisationen um Macht und Einfluß; doch nichts ist gewonnen, solange das Bildungsmonopol der herrschenden Schichten nicht gebrochen ist.

Seit die demokratische Entwicklung des 19. Jahrhunderts die Erblichkeit der Staatsämter, das Vorrecht des Adels mehr oder weniger beseitigt hat, ist unser Schulwesen das sicherste und festeste Fundament der Klassenherrschaft geworden.

Jedem steht jeder Beruf offen — in der Theorie. Aber nur der Reiche kann seinen Sohn auf eine Schule schicken, die ihm einen „höheren“ Beruf eröffnet. Er aber ist oft gezwungen, es zu tun. Täte er es nicht, würde er einen noch so minderbegabten Sohn mit 14 Jahren zur praktischen Arbeit schicken, er wäre gesellschaftlich geächtet.

Mit einer von den ausgebeuteten Klassen noch viel zu wenig erkannten Raffinerie ist dafür gesorgt, daß jeder in der gesellschaftlichen Schichtung in die Klasse kommt, die dem Reichtum seines Vaters entspricht. Wer Geld genug hat, seine Kinder bis zum 18. Jahr zu ernähren und ein mäßiges Schulgeld zu entrichten (das Meiste zahlt ja der Staat aus den Steuern der Massen), der kann seinen Sohn Kaufmann oder mittleren Beamten werden lassen. Soll der junge Mann eine leitende Stellung erreichen, so muß schon das Geld da sein, um ihn bis zum 22. bis 23. Jahr zu erhalten. Wer aber den Ehrgeiz hat, Richter, hoher Staatsbeamter, Offizier oder akademischer Lehrer zu werden, der muß in der Wahl seiner Eltern dermaßen vorsichtig sein, daß er in einem Alter, in dem der Arbeitsmann längst Frau und Kind von seinem Lohn ernährt, noch völlig aus der Tasche des Vaters oder aus erheblichem Vermögen wirtschaften kann. — Freilich, im Alter strömt dann der Gehaltszinsen in doppeltem Maße, aber in dieses Paradies kommt eben nur der, der jahrzehntelang bei minimalem oder auch ganz ohne Gehalt „standesgemäß“ zu leben vermag.

Es soll nicht bestritten werden, daß besonders bei der letzten Kategorie auch die Frage der persönlichen Fähigkeit und wissenschaftlichen Begabung eine Rolle spielt, aber diese Auslese kommt erst nach der großen Siebung auf Grund der kapitalistischen Grundlage.

Klassenjustiz, Klassengeist der Bureaucratie, der Offiziere, der Professoren sind der Erfolg dieses raffinierten Systems der Klassenbildung.

II.

## Schule und Revolution.

Es ist von allen bitteren Enttäuschungen, die wir nach der Revolution von 1918 erlebt haben vielleicht die bitterste, daß es nicht gelungen ist, in diesem System der Klassenbildung eine Brechlinie zu schlagen; denn die geschlich „verantworte“ und doch tausendfach umgangene allgemeine vierjährige Grundschule ist eine praktisch ganz unbedeutende Konzeption.

Woran liegt dieses Mißlingen? — Man mag von der einen Seite auf die im entscheidenden Augenblick unentschiedene Führung, von der andern auf die angeblich unüberwindlichen ökonomischen Schwierigkeiten hinweisen; beides erklärt nicht, daß das Proletariat aus seiner vorübergehenden Machtposition so schnell wieder zum Objekt brutaler Ausbeutung herabsinken konnte. Waren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten groß, ein entschiedener sozialistischer Wille hätte sie überwinden können. Langte die Führung nichts, die proletarischen Massen hatten es in der Hand, sich eine bessere zu schaffen.

Nein, wollen wir zur fruchtbarsten Erkenntnis und damit zu der Möglichkeit kommen, ein zweitesmal sicherer zu gehen, so müssen wir tiefer forschen, den Grund des Fehlschlags in uns selber suchen.

Die tiefste Ursache lag zweifellos in der mangelnden geistigen Reife des Proletariats. Woran ist die geistige Reife einer Klasse zu erkennen? — An der Stärke ihres Solidaritätsgefühls, an der Klarheit, mit der sie ihr Ziel verfolgt, an der Opferbereitschaft, mit der jeder einzelne Klassenangehörige seine persönlichen Interessen zurückstellt, um dem Gesamtziel der Klasse zu dienen.

Gerade für uns Sozialisten, die wir nicht eine andere Klassenherrschaft an Stelle der bestehenden setzen, sondern eine Gemeinschaft des ganzen Volkes durch untern Klassentampf schaffen wollen, sind diese Forderungen strenger, unerbittlicher als für jede andere Klasse.

Wer aber 1918 im politischen Kampf stand, wer ihn auch nur aufmerksam verfolgte, der weiß, daß die Massen, die sich damals zum Sozialismus betannten, von solcher Höhe proletarischer So-



Macht weit entfernt waren, daß sie ihre augenblicklichen persönlichen Leiden — die allerdings entschuldigend genug waren — größer sahen als das allgemeine Leiden der Menschheit, daß sie mehr für materielle Vorteile kämpften, als für die Befreiung der Klasse.

„Überall dort aber, wo das Interesse der augenblicklichen Verbesserung der Lebensverhältnisse zum führenden und entscheidenden Gesichtspunkt für den Proletariat geworden ist, hat der Geist des Sozialismus keine Stätte mehr.“\*)

Bittere Gedanken drängen sich hier auf über die grauenhaften Folgen dieser Augenblickspolitik, über die Schuld der Kleinmütigen, die das große Ziel aus den Augen verloren und mit einer schmerzhaften Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Klassen zufrieden waren und über die schwerere Schuld der angeblich Radikalen, die mit unerfüllbaren Versprechungen den verderblichen Hunger nach materiellen Augenblickserfolgen unheilvoll aufpeitschten. Doch für heute nur die eine Frage: Wie kam es, daß der größere Teil des Proletariats noch so tief in der bürgerlichen Gesinnung des „Sichgesundmachens“, wie es damals genannt wurde, stehe, noch so abgrundtief stand von dem Geist proletarischer Solidarität?

Und wiederum kommen wir auf die Frage der Schule, der Erziehung. Denn wie die Menschen waren, so waren sie Produkte der famosen Erziehung der Volksschule. Diese Schule (und die noch famosere des Militärs) war über alle hinweggegangen, hatte im bildungsfähigen Kindesalter allen ihren Stempel aufgedrückt, aber nur ein kleiner Teil hatte die Gelegenheit und vor allem die Kraft gefunden, in reiferem Alter in der Schule des Sozialismus sich selbst zum zweiten Male in edlerem Geist zu erziehen.

### III.

#### Alte und neue Erziehung.

Wir sprachen oben vom Klassencharakter der Schule. Das ist nur einer der Wesenszüge des bürgerlichen Schulsystems. Sein eigentlicher Fluch liegt in dem Geist, der in den einzelnen Schulklassen weht, in die das Kind nach seiner Herkunft eingeschachtelt wird.

Nicht freie selbstbewußte und der Gemeinschaft verantwortliche Menschen zu erziehen ist das Ziel dieser Schule, „nützliche Glieder der bürgerlichen Gesellschaft“ sollen sie werden und das heißt für die Volksschule, die Schule der jungen Proletarier, Glieder, die für die herrschenden Schichten der Gesellschaft nützliche Ausbeutungsbjekte werden.

Disziplin und Ehrgeiz, das waren und sind die Haupterziehungsmittel der bürgerlichen Schule. Beides wollen wir auch; aber wachseln Unterjoch zwischen jener und unserer Disziplin! Dort heißt Disziplin unbedingt Knechtung vor dem allwissenden Lehrer; blinder Gehorsam, Knechtung allen jugendlichen Lebensdranges! Wir wollen Disziplin als selbstgewolltes Einordnen freier Menschen in die Gemeinschaft.

Ehrgeiz! Kampf aller gegen alle heißt das im bürgerlichen Leben, in der bürgerlichen Schule. Nützlich ist, wer die andern ausreißt, er wird über sie erhöht. Ist etwas Besseres als die andern. Der Ehrgeiz des Sozialisten liegt darin, zu helfen, der Gemeinschaft zu dienen, viele zu stützen.

Sage niemand, das sei weltferne Ideologie! Im Gegenteil, der Natur des Kindes entspricht es vielmehr, einander zu helfen. In welcher Klasse lagen die Kinder nicht einander vor, lassen sie nicht gerne den Schwächeren abschreiben? Natürlich ist die Solidarität; erst die bürgerliche Schule prägt sie ihnen heraus, erzieht sie zu dem ehrgeizigen Kampf gegeneinander, zu brauchbaren Objekten der kapitalistischen Ordnung.

Ist es ein Wunder, daß Menschen, die Disziplin nur als blinden Gehorsam kennen gelernt haben, unfähig sind, Disziplin zu halten aus eigenem Willensentschluß ohne den drohenden Knüttel des Lehrers und später des Polizeihäupters? — Kann man von Menschen, die von klein auf gelehrt worden sind, die Ellenbogen zu gebrauchen, erwarten, daß sie als Männer, in bitterer Lebensnot, die Kraft haben, den sinnlich großgezogenen Egoismus zu zügeln, sich ganz dem Geiste der Solidarität zu widmen?

Darum ist der Sozialismus in hohem Grade eine Frage der Erziehung. Freilich, es gäbe kein größeres Mißverständnis als zu glauben, erst müßten alle Menschen zu wirklichen Sozialisten erzogen sein, und dann erst können wir an das Werk des sozialistischen Aufbaues in Staat und Wirtschaft gehen. Das hieße, den Sozialismus auf den St. Nimmerleinstag verlagern; denn ehe wir die Maxipositionen in Staat und Wirtschaft nicht erobert haben, wird es auch nicht gelingen, das Klassenmonopol der Bildung zu brechen.

### IV.

#### Eintrag zur Tat.

Das morische Bildungssystem mit einem Schlage zu beseitigen, ist nicht möglich, nicht nur, weil wir im Augenblick nicht die Macht dazu haben, sondern auch, weil heute die Zahl der Lehrer noch gering ist, die Hingabe und Verständnis genug besitzen, um ein neues Geschlecht im Geiste des Sozialismus, im Geiste der Gemeinschaft und der Brüderlichkeit zu erziehen.

Aber können wir nicht alle Schulen mit einem Schlage umbauen, so können wir doch für unsere Kinder eine Schule aufbauen, die uns die Gewähr gibt, daß sie zu anderen besseren Menschen erzogen werden, als wir selbst es geworden sind.

Dafür müssen wir kämpfen, gerade hier in Babel, wo wir noch so traurig zurücksehen, während im benachbarten Hamburg proletarische Gemeindegewerkschaften blühen, die weit über die Grenzen Deutschlands hinaus freudige Anerkennung bei allen lebendigen Erzieheren gefunden haben.

Wie diese neue Schule aussehen soll, wie es möglich ist, in den Kindern den Geist der Gemeinschaft von klein auf zu entwickeln, und wozu es liegt, daß wir hier noch nicht weiter gekommen sind, darüber soll in den nächsten Tagen ein Gespräch hier zu Worte kommen.

Heute gilt es uns, aufzurufen zum Kampf für die große Kulturauseinandersetzung des Proletariats. Vor allem geht der Ruf an unsere sozialistischen Lehrer. Ihre Pflicht ist es, Aufklärung zu schaffen, neue Mitkämpfer zu werben, unermüdet dafür zu kämpfen trotz aller Fehlschläge und allen jähren Widerstandes. Und er geht auch an unsere Vertreter in Senat und Bürgerchaft, daß sie über allen dringenden Sorgen der Wirtschaft und Verwaltung die große und entscheidende Frage der Erziehung nicht vergessen. Und zuletzt, doch nicht am letzten geht es an jeden, den der Sozialismus mehr ist als ein Lippenbekenntnis. Denn nur, wenn die Arbeiterpartei selbst die Forderung der Gemeindegewerkschaften zu der ihren macht, werden wir sie erlangen.

\*) Zitiert aus: Ray Adler, „Neue Menschen“, „Gedanken über sozialistische Erziehung“, Verlag E. Laub, Berlin.

## Sachverständigenentscheidungen und Schulfrage.

### Wer ist der Fälliger?

Die „Deutsche Zeitung“ fühlt sich genötigt, das von der Rechten wiederholt aufgebrachte Märchen wieder aufzuwärmen, das Sachverständigenentscheidungen enthalte eine neue Feststellung der Schuld Deutschlands am Weltkrieg. Die ganz allgemein verständliche und objektive Sachdarstellung der Grundzüge des Sachverständigenentscheidens, die der Ministerpräsident Dr. Haenselmann kürzlich als Flugblätter im Ullstein-Dienst erscheinen ließ, hat es der „Deutschen Zeitung“ besonders angetan. Sie fürchtet nun dieser Darstellung eine „Verfälschung“ der Öffentlichkeit, wenn es einmal zum Volksentscheid über den Sachverständigenplan kommen sollte und wendet dem Verfasser eine Verfälschung der Wahrheit durch Verschweigen der erneuten Schuldbestimmung der Sachverständigen vor.

Wie steht es nun mit dieser angeblichen neuen Feststellung unserer Schuld am Kriege? Die Wahrheit ist, daß davon in dem ganzen Gutachten nichts zu finden ist und daß es sich hier um eine offensichtliche Verfälschung des Gutachtens durch die „Deutsche Zeitung“ handelt. Der betreffende Satz der Sachverständigen, auf den die „Deutsche Zeitung“ abzielt, heißt wörtlich:

„Es ist zudem keine gewöhnliche Schuld, mit der wir uns befassen, denn Deutschland hat keine nennenswerten Verwüstungen erlitten und an erster Stelle steht keine moralische Verpflichtung denen gegenüber, die so schwer durch den Krieg gelitten haben.“

Anwieweit hierin eine neue Aufrollung der Schulfrage und eine Festlegung der deutschen Schuld am Kriege zu erblicken ist, wird für ewig Geheimnis der „Deutschen Zeitung“ bleiben. Die „Schuld“, von der die Rede ist, ist dieselbe, von der die Sachverständigen ihrer Zeit vorher sprachen, wo sie sich mit den „praktischen Mitteln zur Einziehung dieser Schuld“ befassen. Es ist wirklich kühn, diese Reparationsschuld, über deren Einziehung das Gutachten handelt, in die Schuld Deutschlands am Kriege umzufälschen. Wenn die Sachverständigen mit der Begründung, daß Deutschland keine nennenswerten Verwüstungen erlitten hätte, eine moralische Verpflichtung Deutschlands denen gegenüber, die so schwer durch den Krieg gelitten haben, festzustellen verweigert, so ist dies gerade das Gegenteil einer Aufrollung der Schulfrage, nämlich der Versuch, Deutschlands Verpflichtungen lediglich auf die Grundzüge der Menschlichkeit und des gemeinsamen Verbundenheits aller Kulturvölker bei der Heilung der Wunden durch den Weltkrieg zurückzuführen. Die „Deutsche Zeitung“ den Wortlaut der oben wiedergegebenen Feststellung der Sachverständigen ihren Lesern vorzuenthalten, ist bezeichnend, da sonst selbst ihren Lesern ein Licht über diese plumpe Fälschung aufgegangen könnte.

## Weiteres Anziehen der Getreidepreise.

### Diesmal sind's die ausländischen Spekulanten.

In den Berliner Produktenbörsen trat am Montag eine neue Hausse ein, die zu folgendem Ergebnis führte:

	1. Juli	15. Juli	28. Juli
Weizen	189—144	178—188	185—190
Roggen	127—134	145—152	135—143

Diese Hausse geht dieses Mal von den ausländischen Märkten aus, nachdem bis zum 15. Juli der deutsche Markt (Zollvorlage) neue Preissteigerungen auf dem Weltmarkt verurteilte. Die Bewegung erfährt besonders den Weizen, dem der Roggen nicht in der Preisbewegung folgen kann, weil alles Material wegen des nahen Roggengrundes kaum dringend gefordert wird.

Die neue Hausstendenz für amerikanisches Getreide wird durch die amerikanische Presse mit der Bildung eines Weizenkartells erklärt, und zwar soll eine Gruppe von Spekulanten unter Führung des Bankiers Cutter-Chicago mehrere hundert Mill. Dollars bereitgestellt haben, um den Weizenpreis auf 2 pro Bushel zu steigern.

## Deutschland und das Garantieproblem.

### Eine Denkschrift an den Völkerbund.

Genf, 28. Juli.

Die Reichsregierung hat am Montag nachmittag im Sekretariat des Völkerbundes eine Denkschrift über den deutschen Standpunkt zu dem von der letzten Völkerbundsversammlung ausgearbeiteten Garantiepakt übermitteln lassen. Als Verfasser der Denkschrift werden namhafte deutsche Juristen bezeichnet. Die englische Regierung hat bekanntlich ihre Stellungnahme bereits im negativen Sinne dargelegt, während das französische Komitee für die nationale Verteidigung einstimmig keine Uebereinstimmung mit dem von der Völkerbundsversammlung ausgearbeiteten Garantiepakt zum Ausdruck brachte.

## Generaloffensive gegen das Internationale Arbeitsamt.

### Deutschland an der Spitze der Sozialreaktion.

(Von unserem Genfer Korrespondenten.)

Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion hat bekanntlich von der Reichsregierung gefordert, das Washingtoner Abkommen nicht zu ratifizieren und den Austritt Deutschlands aus dem Internationalen Arbeitsamt zu erklären. Aus dem nachstehenden Artikel ergibt sich die Auffassung der maßgebenden Genfer Kreise zu den geplanten reaktionären Maßnahmen. (Die Red.)

Die deutsche Reaktion hat ihre Karten aufgedeckt, sie vertritt jetzt die Ratifikation des Washingtoner Abkommens und fordert ebenso kategorisch den Austritt Deutschlands aus dem Internationalen Arbeitsamt, da dieses davor eine Kritik an den deutschen Zuständen übe.

Man ist in den Kreisen des Internationalen Arbeitsamtes vor diesem Schritt nicht besonders überrascht. Er wird hier nur als notwendige letzte

Konsequenz des Verhaltens betrachtet, wie es die offiziellen deutschen Kreise gegenüber Genf bisher an den Tag gelegt haben.

Die ebenso ausgiebige wie objektiv richtige Pressekampagne gegen Thomas, dem man die Idee einer Wirtschaftskontrolle über Deutschland unterstößt, das Heilige Filiberto Pinatis, des Vorstehers der französischen Industriellen gegen Garard, die betonte Gehe des 4000-Mark-Beitrages, die von Deutschland jährlich für das Arbeitsamt gezahlt werden — halb so viel wie der Beitrag Liberias — und die Erklärungen von Herrn Bruns — alles das ist in Genf verstanden worden als die Einleitung einer Kampagne des Großkapitals gegen die soziale Institution, die dem Schicksal der Arbeit in der ganzen Welt dient.

Deutschland hat dabei den Vorhänger gemacht. Die deutsche Reaktion hat den Zeitpunkt für ihren Vorstoß nicht ungeeignet gewählt, sie fühlt sich stark und weiß sich der Unterstützung einer teils interessierten, teils uninteressierten und beeinflussbaren bürgerlichen Mehrheit sicher, wenn sie zum General-

angriff auf das Proletariat übergeht. Nach außen hin vertraut man auf den „amerikanischen Bankier“, der schon die nötige Elbogenfreiheit garantiert wird, wenn man ihm dafür seinerseits eine glatte Abwicklung des deutschen Geschäftes garantiert — das auf Kosten des deutschen Arbeiters vorgenommen werden soll.

Aber das Internationale Arbeitsamt ist dabei im Wege. Es ist ein starrer Mahner an das soziale Weltgewissen. Es hat der Weltöffentlichkeit auf den Schild erhoben und dient häufig den Interessen der Arbeit. Gewiß, noch ist es eingezogen in seiner Beweglichkeit und bei der Durchführung seiner sozialen Arbeit auf den guten Willen der verschiedenen Regierungen angewiesen, aber es ist weit über seine unmittelbare praktische Arbeit hinaus schon ein Symbol für das kommende große Wert der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität der Arbeit in der ganzen Welt.

Für die deutsche Reaktion werden allerdings derartige Ueberlegungen nicht ausschlaggebend sein. Sie sieht ihren Kampf gegen das Arbeitsamt wie jeder Akt von internationaler Bestätigung nur unter dem engen Gesichtswinkel ihrer unmittelbaren Interessen. Sie will das „wieder Herr-im-Haussein“ auch ins internationale Gebiet überziehen. Daher die bewußte Ablehnung des Völkerbundes und die Brückierung des einzigen internationalen Instituts von Rang, in dem Deutschland für seine sozialen Aufgaben und Notwendigkeiten gemeinsam mit allen Völkern arbeiten kann — wenn es will.

Reine der ausländischen Regierungen wird das Obium auf sich nehmen, trotz aller Geheimen und offenen Aufmunterungen ihrer kapitalistischen Kreise, das Internationale Arbeitsamt zu brüskieren, schon aus Gründen der europäischen „Defäkation“ nicht — aber die deutsche Reaktion ist unheimlich und macht ihre „Staatspolitik“ auf ganz besondere Art. Wo stand doch nur das Wort „Hier werden noch Kriegserklärungen angenommen?“

## Aggressive Sowjetpolitik.

### Der Stand der russisch-englischen Verhandlungen.

SPD. London, 28. Juli. (Drahtb.)

Die russisch-englischen Verhandlungen sind so weit gediehen, daß der Abschluß eines Handelsvertrages in naher Zukunft möglich ist. Die Frage der Anerkennung der russischen Schulden an englische Gläubiger und die Möglichkeit einer englischen Anleihe an Rußland sind noch ungeklärt. Eine englische Anleihe ohne die Anerkennung der Bolschewikschulden ist so gut wie unmöglich. Infolgedessen mehren sich in Sowjetrussland die Stimmen, die für einen Druck auf England durch Bewahrung der englischen Positionen in Persien sind. Rußland, das sich in der letzten Zeit aus verschiedenen Staaten, darunter sogar von England, erhebliche Mengen moderner Schnellfeuerwaffen hat beschaffen können, ist auch wegen des polnisch-rumänischen Geheimvertrages gegen Rußland erheblich beunruhigt, und es ist nicht ganz unahrscheinlich, daß in einem nahen günstigen Zeitpunkt die bolschewistische Regierung sich von dieser Bedrohung durch Waffengewalt befreien wird. In eingeweichten Kreisen erfährt man, daß die ungeheuren Geldmittel, die Rußland zur Stärkung der kommunistischen Propaganda auf dem Balkan bereitgestellt hat, nicht allein dem Sturz der bürgerlichen Regierung Bulgariens, sondern auch der inneren Auslösung und Schwächung der staatlichen Festigkeit Rumäniens dienen sollten.

## Kann es wahr sein?

### Ein englischer Bericht über deutsche Größenwahnpolitik.

SPD. London, 28. Juli. (Drahtb.)

Angelehnt der Einladung Deutschlands erinnert „Daily Telegraph“ an Laiflosigkeit, durch die Deutschland mehrmals günstige Ausflüchte zitiert habe, insbesondere durch die Methode, mehr zu fordern in der Erwartung, dadurch möglichst viel zu erlangen. Das Blatt weist als charakteristisch für seine Behauptung auf ein Beispiel aus der jüngsten Zeit hin, das dringend der Aufmerksamkeit bedürftig ist. Macdonald sei bemüht gewesen, ein Gesuch Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund rechtzeitig für die Herbsttagung zustande zu bringen. In der Absicht, den Vorstellungen des britischen Botschafters nachzugeben zu verstehen, sei vom Völkerbund Sir Frid Drummond nach Berlin gereist. Das Auswärtige Amt habe ihm gegenüber die Auffassung vertreten, Deutschland benötige den Völkerbund zwar nicht, sei aber von Englands Willen unter folgenden Bedingungen zum Eintritt bereit: Ständige Sitz im Völkerbundsrat, Revision des Korridors zwischen Deutschland und Ostpreußen, Neuregelung der Kolonialfrage, indem ein Mandat über die Kolonie Ostafrika in dem Sinne gewährt werde, daß deutschen Gesellschaften ausgedehnte territoriale Privilegien zugesprochen würden. Diese letztere Forderung hätte Macdonald von der Unbilligkeit der deutschen Haltung überzeugt.

Eine Feststellung darüber, ob die Angaben des „Daily Telegraph“ zutreffen, war am Montagabend bei den amtlichen Stellen nicht mehr zu erreichen. Infolgedessen verzichten wir heute auf eine eingehende Stellungnahme zu den Beschlüssen der englischen Blätter, erklären aber jetzt schon, daß die Haltung der Reichsregierung in einem Augenblick, wo die Einladung Deutschlands zur Debatte stand, mehr als ein Skandal bedeuten würde, vorausgesetzt natürlich, daß die Angaben des „Daily Telegraph“ zutreffen. Im Interesse Deutschlands möchten wir wünschen, daß das Blatt das Opfer falscher Informationen geworden ist.

## Neue Kriegsgefahr am Balkan.

SPD. Sofia, 28. Juli. (Sig. Drahtb.)

Wegen der wiederholten Uebergriffe bulgarischer Komitatstschis auf serbischem, griechischem und mazedonischem Gebiet haben die Regierungen Griechenlands und Serbiens erste Schritte in Sofia angebroht. Schon vor einiger Zeit hat die serbische Regierung gedroht, sich gegebenenfalls gewalttätig in die inneren Angelegenheiten Bulgariens einzumischen, wenn die bulgarische Regierung den Händen des Handwert nicht zu legen vermöge. Die Lage ist so, daß es kaum überraschen wird, wenn die griechische und die serbische Regierung Strafexpedition gegen die Komitatstschis ausrüsten, die dann sicherlich vor der bulgarischen Grenze nicht halt machen würden.

## Eine Gesandtschaft beim Völkerbund.

Die brasilianische Regierung hat beim Völkerbund eine ständige Vertretung mit dem Range einer Gesandtschaft geschaffen. Da die offiziellen Vertretungen der anderen Länder beim Völkerbund keinen diplomatischen Charakter tragen, wird mit dieser Entsendung eines Gesandten ein bedeutungsvoller Präzedenzfall geschaffen, der in den Reihen des Völkerbundes mit lebhafter Genugtuung verzeichnet wird.

Die Kommission des Völkerbundes zum Schutze des geistigen Eigentums hat einen Entwurf ausgearbeitet, der einen besseren Schutz derjenigen Gelehrten vorzieht, deren wissenschaftliche Entdeckungen zu gewinnreichen Unternehmungen in der Industrie geführt haben.



# Respekt vor der Verfassung!

## Die Rahmlegung des Reichswirtschaftsrats.

Auf Grund einer Entschließung des Bundesausschusses des A. D. G. B. haben die Gewerkschaften der Reichsregierung und dem Reichstag folgendes unterbreitet:

Der Aufbau des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat für die Vertretung der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Interessen der Arbeiter eine unhaltbare Lage geschaffen, die mit längerer Dauer immer unerträglich wird. Über zwei Drittel der Mitglieder des Reichswirtschaftsrats sind seit Beginn des Jahres ihrer Rechte beraubt und von jeder Mitarbeit ausgeschlossen. Den Ausschüssen, die noch tagen dürfen, ist das Recht der Initiative genommen. Plenarsitzungen haben seit länger als Jahresfrist nicht stattgefunden. Die wichtigsten Wirtschaftspragen werden entschieden, ohne die in der Verfassung des Reiches vorgesehene Mitwirkung des Reichswirtschaftsrats. Mehrere Gesetzesvorlagen, die ihm früher zur Begutachtung unterbreitet wurden, hat die Reichsregierung unerledigt wieder zurückgezogen. Die längere Aufrechterhaltung dieses Zustandes ist unvereinbar mit Artikel 165 der Reichsverfassung. Auch der Hinweis auf erforderliche Ersparnisse im Reichshaushalt kann einen solchen Dauerzustand nicht rechtfertigen, da der vorläufige Reichswirtschaftsrat bereits im November 1923 der Reichsregierung in seinem Gutachten über die endgültige Gestaltung des Reichswirtschaftsrats den Weg gezeigt hat, eine dem Art. 165 der Reichsverfassung entsprechende gesetzliche Vertretung mit wesentlich verminderten Kosten zu schaffen. Der Bundesausschuss des A. D. G. B. erhebt die dringende Forderung an die Reichsregierung und den Reichstag, dem gegenwärtigen unwürdigen Zustand, den der dezimierte und entsetzte vorläufige Reichswirtschaftsrat darstellt, baldigst ein Ende zu machen und ein dem Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats entsprechendes Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat umzusetzen zu beschließen, bis dahin aber die für die volle Arbeitsfähigkeit des vorläufigen Reichswirtschaftsrats erforderliche Etatmittel zu bewilligen.

# Der Wertmeistertag in Würzburg.

## Freigewerkschaftlicher Geist.

Würzburg, 26. Juli. (Sig. Drahtber.)

Nach Erledigung kleinerer Geschäftsangelegenheiten nahm der Wertmeistertag den Bericht des Kollegen Stähr-Berlin über die Geschäftsarbeit entgegen. Stähr erörtert zuerst die Frage der religiösen Neutralität des Afa-Bundes. Dieses Thema ist für den Deutschen Wertmeisterverband deswegen besonders wichtig, weil die christlich-nationalistische Organisation der Wertmeister, gestützt und geschützt durch einen Teil der katholischen Geistlichkeit, immer wieder ihre Propaganda verfolgen darauf hin, dass der Deutsche Wertmeisterverband religionsfeindlich sei. Ebenso wird oft der Tatsachengang gegen den Deutschen Wertmeisterverband ausgespielt, daß einzelne Führer seiner Spitzenorganisation und des Afa-Bundes in der sozialdemokratischen Partei an hervorragender Stelle stehen und tätig sind. Er weist darauf hin, daß bei anderen Gewerkschaftsrichtungen darüber überhaupt kein Streit besteht, daß es günstig sei, wenn Gewerkschaftsinteressen parlamentarisch-politisch vertreten würden. Es sei auch Linderdorff, Graf Wescham und anderen nie verwehrt worden, die sozialen Interessen auch der Wertmeister zu vertreten. Praktisch sei es aber so, daß die Arbeitnehmerinteressen zuerst von den Sozialdemokraten im Reichstage vertreten werden seien. Deswegen bliebe der Deutsche Wertmeisterverband doch parteipolitisch neutral. Er frage niemand nach keinem politischen Bekenntnis. Viel Staun hat im Deutschen Wertmeisterverband die Frage aufgewirbelt, ob der Afa-Bund mit Recht aus der Zentral-Arbeitsgemeinschaft ausgetreten sei. Hierzu bringt Stähr das Material vor, das zu diesem Entschluß geführt hat.

Der Verbandsvorsitzende Buschmann betonte in der Diskussion das Grundgesetz der Afa-Gemeinschaft. Sie sei zwingende Notwendigkeit, weil auch der Deutsche Wertmeisterverband aus der Periode des reinen arbeitsrechtlichen Kampfes herausgewachsen sei. Er kann sich nur voll zur Geltung bringen, wenn er alle sozialen und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten, die in der Linie der allgemeinen Arbeiterbewegung liegen, erfüllt. Wir können uns nicht zurückorientieren und bedeutungslos machen. (Beifall.) In der republikanischen Staatsform liegen die Wurzeln einer starken freigewerkschaftlichen Bewegung. Wir wollen uns nicht die Kritik des Gegners zu eigen machen. (Beifall.) Wir sind gewillt, nach allen Seiten Bekennernut zu zeigen. Die freigewerkschaftliche Spitzenbewegung ist jung. Sie muß von uns, dem Deutschen Wertmeisterverband, gestützt und ge-

fördert werden. (Leb. Beifall.) Einige Kollegen bringen Klagen aus den Ortsstellen der Afa vor. Einer bittet, die Eingaben des Deutschen Wertmeisterverbandes und der Afa doch auch den Mittelparteien zuzuführen, die ja ebenfalls Arbeitnehmerinteressen vertreten. (Widerpruch.) Es wird von anderer Seite unterstrichen, daß der Streit um die religiöse und parteipolitische Neutralität des Deutschen Wertmeisterverbandes nichts anderes sei als eine politische Hebe des Gegners. Ein Redner kritisiert die politischen Übergriffe der Kautzler-Bischhofskongress. Er fragt, wann sie es einmal für notwendig befunden hätten, den Unternehmern einen Zügel vorzuhalten. Der Vertreter Bayern erklärte im Namen seines gesamten Gebiets, daß bei ihnen, obwohl es sich um eine katholische Gegend handle, ein Streit um die freigewerkschaftliche Politik überhaupt nicht bestehe. Ein rheinischer Delegierter verlangt einen aktiven Kampf gegen die parteipolitisch und religiös neutrale Agitation des christlich-nationalen Wertmeister-Bundes. Unter großer Aufmerksamkeit spricht Müller-Essen vom Verbandsvorstand über die Notwendigkeit der Afa-Frage. Ueber die Korrektur einzelner Schönheitsfehler könne leicht eine Verständigung erzielt werden. Danach zeigt er an einer Fülle von Material die demagogische Agitation und Gewerkschaftspolitik des christlich-nationalen Konkurrenzverbandes. Dieser christliche Bund sei mit dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, dem Hort der Falenkreuzler, eng liiert. Da werde Kulturkampf gegen die Katholiken getrieben, und der Christliche Wertmeisterverband schweige dazu. — Es folgen eine ganze Reihe Redner, die gleiche Tatsachen mitteilen. Einer betont energisch, daß sich die Wertmeister zur Weimarer Verfassung bekennen und an Stelle der Arbeitsgemeinschaften das in ihr verprophete Arbeitsrecht verlangen. Ueber die vorliegenden zwei Entschließungen zu der Tagesordnung wird am Sonntag abgestimmt werden.

# Unser Kampf für die Opfer des Ruhrkrieges.

## Die wortbrüchige Reichsregierung.

S. D. Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete wurden am Sonnabend eine Reihe von Anträgen eingebracht, durch die das Los der heimkehrenden Ausgewiesenen erleichtert werden soll. Den Genossen Hoffmann-Kaiserslautern und Kirchner, die in der Aussprache den Wortbruch der Reichsregierung an den Opfern des passiven Widerstandes gebührend kennzeichneten, mußte der Reichsverkehrsminister zugeben, daß das Verlangen der Ausgewiesenen, namentlich der Eisenbahnarbeiter, auf eine den gegebenen Zusicherungen entsprechende Regelung ihres Schicksals verbindlich sei. Aber es fehle an Geld. Dennoch scheint das Gewissen so sehr zu schmerzen, daß man die ursprüngliche Absicht fallen läßt, den nicht im Beamtenverhältnis stehenden Rückkehrern 14 Tage nach ihrer Heimkehr nur noch die Erwerbslosenunterstützung zu geben. Es soll eine Uebergangsbetreuung gewährt werden, und darüber hinaus sollte man die Zuficherung geben, die verdrängten ausgewiesenen Arbeiter und Angestellten der Reichsbahn vorzugsweise wieder einzustellen nach Uebernahme der rheinischen Bahnen von der Regie. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde zur Sicherung dieser Regierungserklärung der frühere Beschluß, bei der Reichsbahn länger als zehn Jahre beschäftigte Arbeiter ebenso zu behandeln wie die Beamten, erneut einstimmig bestätigt. Außerdem wurde einstimmig beschlossen, daß die verdrängten und ausgewiesenen Arbeiter und Angestellten der Reichsbahn, die mangels Wohnung und Beschäftigung nicht zurückkehren können oder wollen, nicht entlassen werden dürfen. Ebenso dürfen nicht entlassen werden diejenigen zurückgeführten Arbeiter und Angestellten der Reichsbahn, die sich mit der Betreuung einverstanden erklären. Alle Bestimmungen, die diesen Beschäftigten entgegenstehen, sind zurückzunehmen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Betreuung sofort in bestimmter Form festlegen wollte, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten verlagte dann der Ausschuß seine Beratungen auf den 5. August.

# Die politisch einsichtsvolleren Militärs.

## Ihr Verdienst ist der Krieg.

Während des Krieges erschien die bekannte alldeutsche Broschüre von Junius alter „Das deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Epilode“. 1919, also nach dem Krieg, kam eine zweite Auflage heraus, in der man liest: „Umsonst drängten Generalstabeschef, Kriegsminister und die maßgebenden Marineoffiziere auf den Befehl zur Mobilmachung;

es gelang ihnen zwar, den Kaiser am Donnerstag (30. Juli) von der unabwendbaren Notwendigkeit dieser Maßnahme zu überzeugen, so daß am Nachmittag Berliner Polizeibehörden und der „Lokal-Anzeiger“ die Mobilmachung bereits bekanntgaben. Aber das Eingreifen Herrn von Bethmann-Hollweg brachte es zuwege, die Ausführung des entscheidenden Befehls nochmals in letzter Stunde zu vereiteln. . . . Selbst nach erfolgter Mobilmachung hat Herr von Bethmann-Hollweg dann noch einen letzten Versuch unternommen, die Zurücknahme des Befehls zu erwirken; aber es war nunmehr zu spät: die im kleinen Finger politisch einsichtsvolleren Militärs waren mit ihrem Hinweis auf die ungeheuren Gefahren jeder weiteren Verzögerung durchgedrungen.“

In einem Aufsatz in der „Stocke“ macht Ed. Bernstein darauf aufmerksam, daß der Autor in der zweiten Auflage einige bezeichnende Änderungen vorgenommen hat. In der ersten Auflage wird der Befehl zur Mobilmachung nicht einfach als der entscheidende, sondern als „der entscheidende und erlösende“ bezeichnet. In der ersten Auflage hieß es auch nicht: „Es war nunmehr zu spät, sondern: „Es war glücklicherweise zu spät.“

Das Glück, das uns die „politisch einsichtsvollen Militärs“ im Zukunftsdenken mit ihren ausländischen Kollegen brachten, haben wir so gründlich genossen, daß man die Veränderungsbedürftigkeit der „Junius alter“-Broschüre versteht.

# Was wird aus der Reichsbahn?

## Unruhe in Eisenbahnerkreisen.

Die übertriebene Zurückhaltung der Reichsregierung hinsichtlich der Bekanntgabe der künftigen Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bei der Reichsbahn hat, wie wir vom Deutschen Eisenbahnerverband hören, beim Eisenbahnerpersonal starke Verstimmung hervorgerufen. Das Eisenbahnerpersonal möchte allmählich wenigstens ungefähr wissen, was ihm bevorsteht, wie sich seine rechtliche und finanzielle Lage gestalten wird und wie die Beschäftigungs- und Verwendungsmöglichkeiten (weiterer Ausbau oder nicht und dergl.) aussehen. Beim Deutschen Eisenbahnerverband selbst empfindet man es als einen unhaltbaren Zustand, daß die kommunistische Presse mit Hilfe ihrer Hordpösten in die Beamten- und Arbeiterkreise der Reichsbahn unfortkollierbare Meldungen hineinwerfen darf, ohne daß die Gewerkschaften, denen zum Teil Stillhalteverträge auferlegt ist, zum Teil die entsprechenden Informationen vorkontrolliert werden, dazu Stellung nehmen könnten. Früher ist ein besonderer Organisationsausschuß fast jede Woche im Reichsverkehrsministerium zum Zweck der Fühlungnahme zusammengetreten; heute gibt es keine solche Besprechungen mehr, obwohl sie heute notwendiger sind als früher. — Es ist Zeit, daß die Reichsregierung aus ihrer Reserve etwas herausschreit und mit den Eisenbahnpersonen, herauskommt, an denen nicht nur der direkt Betroffene, sondern die gesamte Öffentlichkeit ein großes Interesse hat.

# Der internationale Metallarbeiterkongress zum Achtfundentag.

## Aufruf zur proletarischen Selbsthilfe.

Wien, 28. Juli.

In der Sonntagnachmittagsitzung des internationalen Metallarbeiterkongresses wurden von Vertretern verschiedener Länder Berichte über den Achtfundentag erstattet. Es sprachen Bronnlie-England, Labe-Franreich, Dittmann-Deutschland, Hausmann-Tschechoslowakei, Teller-Polen. Darauf wurde eine Entschließung angenommen, in der der Kongress die Metallarbeiter aller Länder aufruft, den Versuch einer geschlossenen Kapitalistenfront, den Achtfundentag zu besiegeln, mit aller Entschiedenheit, eventl. mit den äußersten Mitteln entgegenzutreten, im Bewußtsein, mit einem Abwehrkampf die Sache des Gesamtproletariats zu verteidigen. In diesem Kampf wird jeder kämpfende Gruppe die volle Solidarität der Metallarbeiterinternationalen zugesichert. Der Kongress fordert die Mitglieder in allen Ländern auf, ihren ganzen Einfluß für eine rasche Ratifizierung des Washingtoner Abkommens geltend zu machen, ohne dabei zu übersehen, daß in erster Linie die proletarische Selbsthilfe den Achtfundentag zu sichern vermag.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmich. Für Freistadt Lübeck und Jenuilikon: Hermann Bauer. Für Inserate: Carl Luickhardt. Verfasser: Carl Luickhardt. Druck: Friedr. Mener & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Die westliche Stadt.

Von Edmund Hoehne.

## 2. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Was ist da denn, was triffst du denn? Wo wohnst du?“ Sie schüttelte den Kopf.  
„Aber Kind, wie kannst du ein Jahr lang zwischen zwei Fronten haufen. Wozu fluchtest du den Krang?“  
„Dicho“, sagte sie mit glasheller, leiser Stimme.  
„Was ist Dicho?“  
Sie antwortete nicht.  
„Kleine Lettin, du verstehst doch Deutsch. Wie hieß das Mädchen, das du nachhin jangest?“  
„Stil, fast totlos, wie ein liebes, schlüchternes, fleißiges Schulkind, sagte sie auf:  
„Sonnentöchter wanden Kränge in dem Gärlein roter Rosen, als die Söhne Gottes schauten durch die Blüten roten Hofns.“  
„Wie hübsch. Bist du selbst eine Sonnentöchter?“  
Sie lächelte und schwieg.  
„Kind, Kind, was mache ich mit dir? Ich möchte nicht mit dir in die Stellung angeschleppt kommen. Dich hier lassen? Verträgst du uns auch nicht an die Russen?“  
Sie lachte in anmutiger aber erregter Verachtung auf, flocht eifriger an ihrem Krang und sang:  
„Dornre, dornre, lieber Perlon, Schlag den Steg über die Düna, daß sich Russ und Deutscher hehen aus dem Ländchen meiner Väter.“  
„Perlon wird dämmern und blitzen“, fuhr sie fort. „Er schmettel im Himmel und die Kohlen fallen in die Düna. Oh Fluß, oh Danganala! Du wirst dich'st Schleiter über deine schwarzen Augen ziehen.“  
„Und dann?“  
Sie lächelte und sah ihm lieb und ärtlich in die Augen.  
„Komm her!“ sagte sie.  
Er kroch im Grase zu ihr, sie nahm seinen Kopf in ihren Schoß und streichelte sein Haar.  
„Dreimal ging ich stolz durch Riga, hatte bunte Schöße an; Rigas Töchter wollten gerne freien mich als ihren Herrn.  
Krächten früh die Hähne Rigas, früh bestieg ich meinen Kahn; lieb die Töchter Rigas Mägen weiterhin mit ihrem Gold.“

Sie hatte gesungen und küßte ihn auf die Stirn, ließ sein Haupt ins Gras sinken. Als er erstaunt aufschah, war sie fort.  
Er starrte über die Düna, erhob sich langsam und vertte sich unterm Birnbaum.  
„Sache ich geschlafen?“ fragte er sich. „Ich darf keine Zeit verlieren. Es ist hier sehr hübsch und romantisch, aber ich habe Hunger. Die Birnen da oben sehen zwar noch verdammt klein aus, aber wenn sie gefocht und mit Saccharin gefüllt werden, gibt es vielleicht ein erträgliches Kompott zum militärischen Dörzgemüse. So geht's, wenn man sich in der Heimat keine Spezialliebe geföhrt hat, die Pakete schickt.“  
Damit nahm er der mitgebrachten Sandiack, kletterte auf den Birnbaum und begann, die steinharten Früchtchen zu pflücken. Als der Saft voll war, hand er ihn zu und warf ihn hinunter, blieb aber sitzen und schaute umher. Er schwebte wie ein Vogel hoch über den beiden feindlichen Stellungen. Er hörte keinen Laut als das Summen von Fliegen und das Rascheln der Blätter, durch die die drängende Fülle der zu lauter Lichtatomen aufgelösten Sonne rieselte. Kein Schuß fiel. Als er sich umwandte, um nach Norden zu sehen, erschraf er und wäre fast vom Baum gefallen. Vor ihm lag in weiter blauer Ferne eine düstermige Stadt. Sah er sie oder war es eine Vision? Fast meinte er, sie schwebte in den Wolken wie eine Fata morgana. Da waren unzählbare schlante Türme und eine große gelblichimmernde Kuppel. Sollte das Riga sein? Er starrte gebannt auf das Wunder. Aber ehe keine Gedanken Zeit hatten, dem Auge nachzujagen, mußte er sich unwillkürlich drehen. Ein Skrapnell flog heran, ein zweites, drittes — er war entsetzt! Diese unverfrorene Landpartie war irgend einem russischen Batterieführer doch zu frech erschienen.  
Kunze sprang vom Baum und suchte Schutz. Schon kreperte eine Granate im Garten. Er rann auf das Gemäuer zu und faßte unversehens durch ein rosenüberpommertes Loch eine Kellertreppe hinunter. Er kroch geschunden in eine Ecke und wartete ab. Die Taschenlampe zeigte einen wüsten, unbewohnten Kellerraum. Er suchte die Gedanken zu sammeln. Lilt er an Visionen? Wären seine Nerven durch Nachtraumrollen und Unterernährung erschöpft? Ein Mädchen? Eine Stadt? Nun — die Stadt konnte stimmen, dort oben mußte der Karte nach Riga liegen.  
Wie schön, wie geheimnisvoll schön war jene Stadt gewesen! Wie eine verklärte Hanselstadt lag sie im Norden, wie die Fleisch gewordene Idee des göttlichen Mittelalters — fer — fer — — ach! Steine polterten die Treppe hinunter, Staub senkte sich nieder! Der Kusse hatte etwas gegen die letzte Behauptung einzuwenden. Freilich, da waren ja die Kuppel und die Zwiebeltürme mit dem Griebentrag!  
Es stank abscheulich nach Pulverqualm. Kunze suchte mit der Taschenlampe im Keller umher, fand aber nichts besonderes, geschweige denn ein jungfräuliches Bein oder irgendwelche Spuren der kleinen Lettin. Nur altes Gerümel, Schweren, unbrauchbares Zeug lag umher. Das einzige, was er aufnahm, war

eine zerprungene Grammophonplatte. Ihm fiel v. Jien Apparat ein; er wollte sie mitnehmen. Es stand etwas Fremdes darauf, aber in gotischen Lettern. Das mußte Lettisch sein. „Wieviel Nationalkultur sie schon hatten. Unreines Volkstum kündete Grammophone! Sicherlich Lettische Vereine mit Abzeichen, Lettische Zeitungen, Lettische Oberlehrer, die im Sprachgut herumwühlten, Vorträge hielten und das Lettentum täglich neu gebäten.“  
Was schelte ich? Was träumte ich vorhin von gestalter Dichtung? „Die Welt wird Traum, der Traum wird Welt.“ Auch wenn nicht jeder Volkstumswart ein Romoales ist. Wenn er ihn nur lesend erfährt. Merk dir das, geliebter deutscher Feldwebel, für dein eigenes Land!  
Er wartete. Das Schießen hatte aufgehört. Im Himmelswillen, er mußte in die Stellung zurück! Fast zwei Stunden blieb er schon fort. Er kroch vorsichtig nach oben, schlich den Abhang hinunter und rann durch die Wiesen, ohne daß die Kompanie etwas gemerkt hatte. Ja, was ist das? Ist das seine verschlafene Kompanie? Gepackte Tornister liegen vor den Unterständen. Gewehre werden durchgezogen, Stahlhelme geordnet? War ihm die Zeit vergangen wie dem grübelnden Mönch von Heisterbach, den eine Gottesstunde verschlang und in ein neues Zeitalter trug? Im Unterstand sitzen Berg und v. Jien.  
„Hallo, alter Freund, wo steckst du? Da kommt Befehl, die Jüge in Marschbereitschaft zu setzen, und natürlich ist beim dritten Zug wieder die tollste Sauerei! Sein Feldwebel purlos verschwinden! „Ich hab' das diesmal noch für dich erledigt, altes Haus, der Hauptmann hat nichts gemerkt. Wo warst du bloß?“  
„Kunzebummel! Im Gras eingeschlafen. Hand am linken Flügel diese Grammophonplatte. Rann auch übrigens zu Birnen einladen — ja, wo? Schade! Liegen gelassen! Bleibt die Spielplatte. Weiß der Deibel, was draufsteht. v. Jien, den Apparat bitte. Ist mein Zeug in Ordnung?“  
„Beruhige dich. Besser als wenn du es selbst geregelt hättest.“  
v. Jien hatte den Apparat wieder hervorgezogen und die Platte aufgelegt. Es schnarrte fürchterlich. Die beiden hörten belustigt zu, aber Kunze schlug das Herz bis zum Hals, als leise, schmerzhaft, als läge ein nachwandlender Irzer längst vergessene Kinderlieder, aus dem Apparat hervorflang:  
„Gaudes meitas kronus pima  
frr — — — — —  
Dewa dei! lufotaj  
Gaur mag ... mag ... mag ... mag ...“  
„Abstellen!“  
„Serrlich“, brüllte v. Jien. „Behorders der Schluß!“  
„Zu ultig!“ bestätigte Berg. „Nochmal! Und dann alle müßigen!“  
„Den Tezt versteht kein Schwein“, meinte von Jien.  
„Ich mach nicht mit“, sagte Kunze trocken. „Vielleicht bringen wir abnungslos eine Schweinezucht oder ein Geflügel auf die Deutschen.“ (Fortsetzung folgt.)



# Heute Dienstag beginnt mein AUSVERKAUF

in Teppichen, Vorlagen, Läuferstoffen  
Gardinen, Stoffen usw.  
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

## Friedr. Matz

Spezialhaus für Innendekoration  
Breite Straße 14 (zwischen Engelsgrube u. Fischergrube).

Eine  
**Pelzjacke**  
oder ein  
**Pelzmantel**  
oder eine  
**Pelzgarnitur**

Ist Ihr Wunsch für den kommenden Winter.  
Die neuen Modelle sind fertig, elegante Pelzjacken aus gutem Fellmaterial von Mk. 160,- an.  
Bei geringer Anzahlung erleichtere ich Ihnen die Anschaffung.  
Sie kaufen jetzt billig.  
Zwanglose Besichtigung meines großen Lagers höflichst erbeten.  
Eigene Fabrikation.  
Pelz- und Wollsachen werden zur Aufbewahrung angenommen.

Pelzhaus

### Friedrich Zimmermann

Königsstraße 24 (5982) Ecke Pfaffenstraße

## Stadthallen-Garten

Inhaber:  
Cort Hanschen

Morgen Mittwoch, den 30. Juli, Beginn 7.30 Uhr:

### Großes Konzert

(Militärmusik)  
des Beamtenvereins ehem. Militärmusiker, 60 Musiker. Leitung: Kapellmeister R. Wagner.  
Bei eintretender Dunkelheit bengalische Beleuchtung des Prärenteichs und der anliegenden Gärten. — Um 10 Uhr:  
**Großes Brillant-Feuerwerk**  
Eintritt 60 Pfg. (einschl. Steuer).

Morgen Mittwoch:

## Soloffnium

Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr.

# Großes Ball!

Damen Eintritt frei.

SOEBEN ERSCHIENEN



UNENTBEHRlich FÜR JEDEN FUNKTIONÄR.

### PROTOKOLL DES PARTEITAGES BERLIN 1924

Broschiert 2.50 Mark \* Gebunden 3.50 Mark

Zu beziehen durch:

Buchhandlung „Lübecker Volksboten“  
Johannisstraße 46

Zum Tode verurteilt sind  
**Läuse, Wanzen**  
in 1/2 Stunde unter  
Garantie Flöhe, Brut  
bei Men'sch u. Tier mit  
„Rissolda“, gel. geich. Mittel. 100 000mal bewährt  
Verkauf: Aegidienstraße 4. (5985)

**Hut-Ziehe**  
Herren-Hut-Reparaturen  
jeder Art. (5812)  
Neu-Verkauf von  
Hüten und Mützen.  
Albert Ziehe, Hutm.,  
Wahmstr. 9.

**Diese Woche  
sparen Sie Geld  
bei E. Stüwe's billigem Möbellager!**

Wenn Sie erhalten vom 28. Juli bis 2. August  
auf meine bekannten  
**konzurrenzlosen billigen Preise**  
bei Zahlung bis zum 10. August

### 20% Rabatt

so lange der Vorrat reicht.  
Kommen Sie also bald und sichern Sie sich  
auch eine billige Einrichtung bei dieser selten günstigen  
Gelegenheit. Ebenfalls verkaufe ich ohne  
Aufschlag auf

#### Teilzahlung.

Bei halber Anzahlung erhalten Sie Ihre Möbel  
ausgehändigt. Verkauf findet direkt ab Lager statt.  
Günstige Möbel können frei lagern.  
Geöffnet von 8-11 1/2 und 2 1/2-6 Uhr.

Breite Straße 21, parterre im Flügel

## Führer

durch  
**Bad Oldesloe**

mit Anstügen  
in die Umgegend  
mit Stadtpark  
und Umgebungstorte  
von Oldesloe

Preis 1.- Mark  
Buchhandlung des  
**Lübecker Volksboten**  
Johannisstr. 46

### + Jed. Ungezielter +

besucht Fr. Kröger,  
besidiger Kammerjäger  
u. öffentlicher Sachver-  
ständiger, Mißstraße 3  
Geratuf 1794. (5984)

## Luisenlust

Jeden Freitag: 5775  
**Großes Tanzkränzchen**

## Deutscher Baugewerks- bund

### Mitglieder- Versammlung

am Mittwoch, d. 30. Juli  
abends 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Bericht von den Lohn-  
verhandlungen.
2. Innere Verbandsan-  
gelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen  
unbedingt notwendig  
(5979) Der Vorstand.

Mitgliedsbuch legitimiert

## Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck. (5989)

### Mitglieder- Versammlung

am Mittwoch, d. 30. Juli  
abends 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen  
Dr. Solmitz über  
„Das Sachverständi-  
gen Gutachten und die  
wirtschaftliche Lage.“
2. Abrechnung vom 2.  
Quartal.
3. Innere Verbandsan-  
gelegenheiten.

Bücherkontrolle.

Der Vorstand.

Nur im (5985)

## Zentral- Theater

finden Sie das größte,  
gewaltigste, abweche-  
lungreichste, humor-  
vollste u. sensationellste  
**Schlager-**

**Programm!**  
Bat und Batathon  
als Photographen

3. Zeit nur  
Johannisstr. 25

Bitten das verehrte  
Publikum, die Nach-  
mittags-Vorstellungen  
zu besuchen, da abends  
für Sitzplätze nicht ga-  
rantiert werden kann.

## Sozialistische Klassiker

### Ferdinand Lassalle

Auswahl  
von Reden und  
Schriften nebst kurzer  
Biographie und geschicht-  
licher Einführung von  
Dr. Karl Henner  
geb. 8 Mark

### August Bebel

Der Mann und sein Werk  
von Franz Klüh  
geb. 6 Mark

Buchhandlung des  
**Lübecker Volksboten**  
Johannisstr. 46.

### Dr. med. Gagzow

Institut für Massage  
**Sandstraße 15**  
zurückgekehrt. (5983)

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraft-  
strom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit  
Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (5988)



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 29. Juli.

### Aus der Bürgerschaft.

Das neue Licht des Bürgerblocks. — Bewilligung von Mitteln für die Meederei. — Kommunistische Querulanten. — Aus dem völkisch-wirtschaftsgemeinschaftlichen Dachbau. — Die große Pause.

Der mit der Wirtschaftsgemeinschaft kopierte Zentrums-  
mann Dr. Siering entpuppte sich gestern als ausgeprägter  
Sozialistenfeind. Zur Freude seiner reaktionären Fraktions-  
genossen stritt er mit ultramontaner Bravour für völkisch-sittliche  
Belange und bekämpfte diese mit christlicher Karitas. Er stemmte  
sich, wie es bei strammen Zentrumsleuten seit altersher Brauch,  
gegen zwingende Notwendigkeiten und widelte sich in wirtschafts-  
verhüllenden Phrasendunst. Zum Ueberflus erging sich der ge-  
lehrte Doktor in albernen Redensarten gegen unseren Fraktions-  
vorsitzenden und wüthete gegen den Volksboten, der eine orientalis-  
ch gefärbte Sprache führe. Ein wilder speißbürgerlicher Haß gegen  
den III. Marxismus durchzuckte die Schulweisheit Sierings. Als  
Mediziner ist er gewiß ein tüchtiger Mann, als Sozialpolitiker  
aber lebt er wie ein Quackluder in fernen Welten. Wie wäre es  
sonst möglich, den Arbeitern den Bauwau vorzusetzen, die Unter-  
nehmer würden nach Beseitigung des § 218 gezwungen sein, aus-  
ländische Arbeitskräfte heranzuziehen. Herr Doktor: wissen Sie  
nicht, daß die Unternehmer seit Jahrzehnten trotz Arbeiterüberflus  
in Deutschland Italiener, Slowaken und Polen holen? Ausge-  
rechnet Arbeitskräfte aus katholischen, kulturell zurückgebliebenen  
Staaten. Und warum? Um die nach sozialem Aufstieg lechzen-  
den und für reelle Bewertung der Arbeitskraft kämpfenden deut-  
schen Arbeiter zu unterdrücken. Und zu diesen Unternehmern  
zählen bevorzugterweise Ihre junckerlichen Glaubensgenossen, Herr  
Dr. Siering, der Sie den deutschen Arbeitern Mangel an Familien-  
sinn und Kinderfremdheit vorwerfen. Wahrscheinlich die Unverschäm-  
theit, die Sie unserem Fraktionsredner untergeschoben, liegt ganz auf  
Ihrer Seite. Die Kapitalistenklasse freilich wünscht ein hungriges  
und verzweifelttes Proletariat, um es nach Herzenslust drang-  
salzieren zu können. Diese Tatsache sollten Sie allmählich auch ipis  
getreut haben.

Wie turmhoch überragte diese jesuitische Epistel der schlichte  
Vortrag des Genossen Neßlén. Da gab es absolut keine Ein-  
wendungen, nur der überaus kluge Rosenquist fand die sozial ein-  
schneidende Frage lächerlich und mußte sich von einer Frau zur-  
ückziehen lassen. So geschah es auch dem völkischen Doktor Jünl.  
Nach Genosse Haut führte den Sprecher des Bürgerblocks in die  
Welt der Wirklichkeit zurück. Dem Kommunisten Heilborn  
blieb es vorbehalten, ein Kapitel aus der neuesten Instruktion  
für kommunistische Gemeindevertreter vorzulesen, nach der die So-  
zialdemokraten die größten Feinde der Arbeiterklasse und dem-  
gemäß auf jeden Fall zu bekämpfen sind. Also sind sie auch schuld  
an dem Bestehen des § 218!

Die gleiche Regel befolgte der Dauerredner Klann bei der  
Beratung des Antrages über die Gewährung eines Darlehens für  
eine neu zu errichtende Meederei. Auch hier wurde die Sozial-  
demokratie verdächtigt, gegen Arbeiterinteressen zu handeln. Wirk-  
schaftliche Gründe kennt der Kommunist nicht, in seinem Hirn irrt  
nur die Weltrevolution herum. Wenn die sozialdemokratische Frak-  
tion für die Vorlage stimmte, dann nur, um die Wirtschaft zu  
heben, Arbeitsgelegenheit zu schaffen und den Hafenverkehr zu  
beleben. Das liegt natürlich nicht im Interesse der Moskowiter.  
Mit der Bewilligung der Vorlage erwächst für Handel, Industrie  
und Schifffahrt aber auch die Pflicht, sich nicht nur auf die Hilfe  
des Staates zu verlassen, sondern alle Mittel und Kräfte aufzu-  
wenden, den beabsichtigten Zweck zu erreichen.

Vor Schluß der Tagung produzierten sich die völkischen  
and Wirtschaftsgemeinschaftler, die eben noch durch  
Bewilligung der Summe für Behebung des Hafenverkehrs einen  
friedlichen Wettbewerb mit ausländischen Staaten anbahnen woll-  
ten, als touragierete Haspplistler. Sie sind verknäpft, daß die  
englischen Arbeitssportler durch die Schutzmannskapelle abgeholt  
werden sollen. Der Horizont alldeutscher und vaterländischer Ge-  
stalten ist doch sehr, sehr begrenzt. Sie legelten mit ihrer  
Borniertheit glänzend am Ziele vorbei.

Nach zweistündiger Sitzung konnte der Wortführer Ehlers  
endlich eine Ferienpause ankündigen. Es war auch Zeit, unsere  
Finger von dem ewigen Schreiben in den Dauerfragen auch  
krumm geworden.

**Umstellungskosten bei der Durchführung der Goldbilanz-  
verordnung.** Die Handelskammer schreibt uns: Die notariellen  
Gebühren und Gerichtskosten für die Beurkundung und Eintragung  
von Generalversammlungsbeschlüssen über die Umstellung von  
Gesellschaften auf Grund der Goldbilanzverordnung sollen dem-  
nachst anderweitig geregelt werden. Es empfiehlt sich daher, zur  
Vermeidung von Notariats- und Gerichtskosten Umstellungsbe-  
schlüsse einstweilen noch hinauszuweisen.

Die Straßenbahn nach Rüdnitz nimmt eine Verlegung des  
Frühwagens vom 30. ds. Mts. ab vor. Demnach ist die Abfahrts-  
zeit: ab Geibelplatz statt bisher 4,47 vorm. jetzt 5,00 vorm. und  
ab Rüdnitz statt bisher 5,25 vorm. jetzt 5,40 vorm. Wie die Ver-  
waltung der Straßenbahn mitteilt, tritt diese geringe Später-  
legung des Frühwagens ein, um den Zeitpunkt der Massenbe-  
förderung der Belegschaft des Hofhofenmerks mit dem Beginn der  
Arbeitszeit auf dem Werk besser in Einklang zu bringen.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Dieseldingen, der  
wegen Raubes von der Staatsanwaltschaft in Essen strafrechtlich  
geurteilt wurde. Ferner zwei hier wohnhafte Arbeiter wegen  
Hausfriedensbruchs. Außerdem ein Händler aus Moissing, der  
sich eines Verbrechen strafbar nach § 173 R.St.G.B. schuldig ge-  
macht hatte, sowie ein Buchhalter aus Bremen wegen einer grö-  
ßeren Unterschlagung und ein Arbeiter aus Schlutup wegen Ein-  
bruchsdiebstahls zum Nachteil einer in der Lügnowstraße wohnhaften  
Witwe.

pb. Gestohlen wurden in Raummesse mittels Einbruchs an  
drei verschiedenen Stellen folgende Sachen: 4 Coupon — etwa  
55 Pfund — Sockenleder, 1 Paar neue Stiefel, 1 Paar getragene  
Herrenschnallenstiefel, 1 Paar Damen- und ein Paar Kinder-  
schuhe, 2 Paar Herrenstiefel, 4 Paar Kinderstiefel, 24 Paar  
Gummiahbschuhe, 2 Schinken, 1 Seite Speck, etwa 15 Pfund Käse,  
und ein eigengewebtes Tischtuch.

Wadeanstalt Falkendamm. Wasserwärme heute früh 10 Uhr  
18 1/2 Grad, Luft 20 Grad.

## Das Lübecker Stadttheater.

Die kommende Spielzeit. / Sicherung seiner Erhaltung als Kulturbühne.

In wenigen Wochen, am 17. August, wird das Stadttheater  
seine neue Spielzeit beginnen. Wie die Ankündigungen erkennen  
lassen, ist beabsichtigt, auf den verschiedensten Kunstgebieten Gutes  
zu leisten und neben dem bewährten Alten das Neue  
zu erproben, letzteres weit mehr, als das Früher der Fall war.  
Das Programm ist überaus reichhaltig und abwechslungsreich. Es  
wird jedem etwas bringen. Doch kommt es nicht allein darauf  
an, was aufgeführt werden soll, sondern mindestens ebenso wichtig  
ist das Wie der Wiedergabe. Und da fragt es sich, sind die er-  
forderlichen Vorbedingungen gegeben, die nötigen Kräfte  
vorhanden, welche gute Vorstellungen verbürgen. Was die Oper  
anlangt, so sind die besten Mitglieder der verflochtenen Spielzeit  
wieder verpflichtet, und dazu neue, anderorts bewährte und ver-  
heißungsvolle jüngere Künstler gewonnen worden, im Orchester  
vorhandene Mängel sind durch Engagement tüchtiger Musiker be-  
seitigt und auch der Chor hat eine erwünschte Auffrischung er-  
fahren. Bedeutend verändert wurde auch das Ballett, wel-  
ches jetzt Alice Zickler von der Dresdener Staatsoper leitet.  
Danach kann wohl mit einigem Recht erwartet werden, daß die  
kommende Spielzeit sehr wertvolle musikalisch-dramatische Dar-  
bietungen bringen wird.

Vom Intendanten ist beabsichtigt, die Inszenierung  
einer ganzen Anzahl Werke selbst zu besorgen. Dr. Hartmann ge-  
hört zu den hervorragendsten jüngeren deutschen Opernregisseuren;  
was er auch mit verhältnismäßig geringen Mitteln zu leisten ver-  
mag, haben wir hier bei der „Toten Stadt“, „Mörder, Hoffnung  
der Frauen“ und anderen Opern bewundern dürfen. Die Auf-  
gaben, die jetzt gelöst werden sollen, sind teilweise noch schwieriger  
und größer. Dabei werden auch für Lübeck ganz neue Ver-  
fahren zur Anwendung gelangen. So wird beispielsweise die  
„Zauberflöte“, deren Aufführung schon für den 20. August vor-  
gelesen ist, mit projizierten Dekorationen gegeben, also solchen,  
die nicht gemalt oder plastisch sind, sondern die mittelst  
Scheinwerfers auf die Leinwand geworfen werden. Wie in  
der „Deutschen Bühne“ mitgeteilt wird, hat diese Neuerung schon  
ganz außerordentliche Wirkungen hervorgerufen, namentlich bei  
Werken, die dekorativ phantastisch gehalten sein  
müssen.

Das Schauspiel wird zum großen Teil mit neuen Kräf-  
ten arbeiten. Es wird sich zeigen müssen, ob die starken Hoffnun-  
gen, die von den verantwortlichen Instanzen auf das Können, das  
Talent und die jugendliche Begeisterung der Künstler gesetzt wer-  
den, überall ihre Erfüllung finden. Jedenfalls geht einer ganzen  
Anzahl von ihnen schon der Ruf besonderer Tüchtig-  
keit voraus. Und von den Wiederengagierten wissen wir, daß  
sie ihren Mann stehen, auch die Damen. Ein Blick auf den Spiel-  
planentwurf läßt erkennen, wie viel die Intendanz sich und ihrer  
Künstlertruppe zutraut. Neben dem klassischen Drama von  
Shakespeare, Schiller, Goethe, Heibel, Kleist und anderen kommt  
die moderne Bühnenliteratur, die auch einen Anspruch  
darauf hat, in Lübeck gefamnt zu werden, in angemessener Weise  
zu Raum. Nicht weniger als drei Uraufführungen sind  
geplant. Hoffentlich ist dafür auch einig Interesse beim Publi-  
kum vorhanden.

Auf den Gebieten der Operette und des Balletts soll  
ebenfalls das Beste, und zwar Älteres und Neues, in geschmack-  
voller Ausstattung geboten werden. Ritzsch und Spekulationen  
auf die Lüsterlichkeit gewisser Besucher scheiden  
grundsätzlich aus. Graziose, anmutige Kunst, leichtfließende  
und raffige Rhythmen gehören jedoch auch in ein gemeinnütziges  
Theater, und die werden wir hier nicht zu vermissen haben.

Wenn demnach von der Leitung unserer städtischen Bühne  
wohl so ziemlich alles geklappt ist, was zur würdigen Durchfüh-  
rung eines berechtigten Anspruchs in vollem Maße befriedigenden  
Spielplans getan werden konnte, so kommt es nun vor allem dar-  
auf an, daß den Vorstellungen der unbedingt notwendige  
Besuch zuteil wird. Die Eintrittspreise sind so gering  
bemessen worden, daß zur Deckung der Ausgaben durchschnittlich  
etwa drei Viertel der Plätze mit Besuchern besetzt sein müssen.  
Da das Stadttheater 1055 Sitzplätze aufweist, so müßten davon  
etwa 750 täglich verkauft oder durch Abonnement belegt sein. Das  
ist für eine Stadt wie Lübeck gar nicht wenig. Zumal, wenn man

in Betracht zieht, daß die Teuerung und Wirtschaftskrise vielen  
unserer Mitbürger große Einschränkungen auferlegt. Auf der  
anderen Seite sieht man jedoch, daß Städte wie Rostock, Schwerin,  
deren Einwohnerzahl erheblich geringer ist als diejenige Lübecks,  
die zusammen nicht einmal sozial Seelen zählen wie unsere Stadt,  
und die ebenso von der Teuerung und Wirtschaftskrise betroffen  
werden wie diese, in stände sind, ihr Theater zu füllen. Es wäre  
doch sehr bedauerlich und beschämend zugleich, wenn das hanseati-  
sche zahlungsfähige Publikum weniger Interesse für künstlerische  
und kulturelle Dinge hätte, als die Einwohner unserer kleineren  
Nachbarkstädte. Denn das muß gesagt werden, wer heute nicht zur  
Erhaltung von Kultureinrichtungen beiträgt, ob-  
wohl er dazu in der Lage ist, der verflucht sich an seiner Heimat-  
stadt.

Alle wirklichen Kunstfreunde sollten ernstlich bemüht sein, den  
Besuch des Stadttheaters zu fördern und dadurch mitzuwirken,  
nicht nur unsere Kulturbühne durch die gegenwärtige schwierige  
Zeit zu bringen, sondern ihre zukünftige weitere Aufwärtsent-  
wicklung zu ermöglichen. In der Lübecker „Volksbühne“ sind Lau-  
fende freudig am Werk, nach ihren Kräften an diesem Bestreben  
mitzuwirken. Die Zahl der Abonnenten wächst gleichfalls  
recht erfreulich. Die Vorteile, welche das Abonnement bietet,  
sind so erheblich, daß sie von möglichst Vielen in Anspruch ge-  
nommen werden sollten. Dennoch muß noch erheblich mehr ge-  
schehen, um den Bestand des Theaters zu sichern. Wie das zu  
machen ist, zeigt jetzt Kiel. Dort wurde von Männern aller Be-  
rufe und Parteien neben der Volksbühne eine Organisation ge-  
schaffen, die durch Erlangung von Stiftungen und Hebung  
des Theaterbesuchs die städtischen Bühnen wirtschaftlich  
lebensfähig und künstlerisch leistungsfähig erhal-  
ten will. Ihre Mitglieder erhalten Anteilsscheine, gültig für  
sechs Vorstellungen, zu einem um etwa 15 Prozent ermäßigten  
Betrag. Die Ermäßigung wird nach Entnahme der sechs Karten  
in Form eines Guthabens gewährt, der für eine beliebige Schau-  
spielvorstellung in Zahlung genommen wird. Außerdem ersparen  
die Mitglieder jede Vorverkaufsgeld. Die Auswahl der Tage,  
der Stücke und der Platzgruppe ist ganz in das Belieben der Mit-  
glieder gestellt. Die Vergünstigung gilt auch für Gastspielvor-  
stellungen. Dazu kommen noch einige besondere Veranstaltungen,  
wie literarische Einführungen usw. Sollten sich nicht auch in  
Lübeck dafür in Frage kommende Kreise zusammenschließen können,  
um auf solche Weise der Kunst zu dienen? Sicherlich! Vielleicht  
bedarf es dazu nur einer entsprechenden Anregung. Durchführbar  
ist das Kieler Verfahren hier ohne weiteres. Die Theaterbehörde  
würde sicherlich gern alles zu seiner Verwirklichung tun.

Jeder weiß, daß es auch in Lübeck Leute gibt, die stolz auf  
ihre Bildung und ihr vermeintliches Kunstverständnis sind, aber  
feinerlei materielle Mittel für künstlerische Bestrebungen und Ver-  
anstaltungen übrig haben. Sie rümpfen nicht selten die Nase über  
Dinge, die sie kaum vom Hörensagen kennen und nörgeln an allem  
herum mit dem Bemerkten, daß es früher doch viel schöner war,  
als der oder jener hier das Direktionszepter schwang oder als  
Stern am Kunsthimmel erschien. In kleinen Zirkeln wird eine  
stille aber emsige Agitation getrieben, die sich mindestens in ihrem  
Ergebnis gegen den Bestand des Theaters und des Orchesters rich-  
tet. Ihr mit aller wünschenswerten Deutlichkeit entgegenzutreten  
steht im Interesse der Kunst und der Erhaltung der ihr dienenden  
Einrichtungen.

Von dem künstlerischen und finanziellen Ergebnis der vor uns  
liegenden Spielzeit wird es voraussichtlich abhängen, ob die  
Lübecker Bevölkerung ihr gutes städtisches Theater und Orchester  
sich als dauernden Besitz zu sichern vermag oder ob wir wieder  
zum unsozialen Pachtssystem zurückkehren müssen, das den Künst-  
lern nur für neun Monate im Jahr eine Existenz bietet und sie  
drei Monate dem Nichts gegenüberstellt, das mehr geschäftlichen  
als künstlerischen Zwecken zu dienen genötigt ist, um existieren  
zu können. Das Ansehen Lübecks als Stätte alter Kultur erfor-  
dert es deshalb, daß nichts verkümmert wird, was geeignet ist,  
unsere städtische Bühnen wirtschaftlich lebensfähig und künstlerisch  
leistungsfähig zu erhalten. Jeder kann dabei tatkräftig mit-  
helfen. Geschieht das, dann mag zum 17. August zukunfts-  
freudig das Wort erschallen: Das Spiel kann beginnen! P. L.

### Sozialdemokratische Frauen.

Da die Lübecker Büchener Eisenbahngesellschaft für den Trans-  
port von etwa 500 Kindern nach Travemünde sonderbarerweise  
keine Preisermäßigung gewährt, erfolgt die Fahrt mit einem  
Dampfer. Abfahrt sämtlicher Kinder am Mittwoch morgen  
7 1/2 Uhr von der Drehbrücke aus. Pünktlich erscheinen.

### Schwurgericht.

(Montag 1. Tag.)

— Das Gericht ist nach der neuen Form für Schwur-  
gerichte wie folgt zusammengelegt: Vorsitzender Landgerichts-  
präsident Demler; juristische Beisitzer sind die Landgerichtsräte  
Dr. Babs und Dr. Robert. Als Geschworene sind Fort-  
warter Albrecht Knoop, Schattin; Domänenpächter Kon-  
rad Schlett, Hof Meier bei Krummesse; Frau Johanna  
Friede, Lübeck; Postkassener Wilhelm Wünnig, Gutin;  
Arbeiter Hermann Lund, Lübeck und Kaufmann Johannes  
Knabjohann, Lübeck, bestellt worden. Die Staatsanwaltschaft  
ist durch den Staatsanwalt Heise vertreten.

Angeklagt ist die Witwe Chr. ... wegen Meineids und  
der Schloßer Mi. ... wegen Anklage zum Meineid.  
Acht Zeugen waren geladen. Die Chr. wird beschuldigt, am 28.  
November 1921 vor dem Amtsgericht in Lübeck einen Meineid  
geleistet zu haben. Mi. soll sie dazu verleitet haben. Vor  
Eintritt in die Beweisnahmepunkte beantragte der Verteidiger W.  
Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Gericht schloß sich diesem An-  
trag an. Jedoch war der Verteidiger nicht befriedigt, weil der  
Verichterfater des Volksboten noch anwesend war. Das Ge-  
richt machte sich diesen neuen Brauch aber nicht zu eigen und  
gestattete dem Presservertreter, im Saale zu bleiben. Nach vier-  
einhalbstündiger Verhandlung verurteilte das Gericht die Witwe  
Chr. zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust und den  
Schloßer Mi. zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren  
Ehrverlust. Ferner für Mi. die dauernde Aberkennung der Ueber-  
nahme von Ehrenämtern ufm.

### Noch eine Antwort an die Lebensmittelvertreter.

Die Hamburger Schlachter-Znang gegen die schleswig-holstei-  
sche Landwirtschaftskammer. — Gegen ein Verbot der Vieh- und  
Fleischeinfuhr.

Auf die Ausführungen der Landwirtschaftskammer in der  
Tagespresse, daß auf den Viehmärkten ein Ueberangebot  
herrsche, daß die Erzeugerpreise zu niedrig seien und daher durch  
ein Verbot der Vieh- und Fleischeinfuhr eine lohnendere Preis-  
gestaltung herbeigeführt werden müßte, haben wir bereits an  
dieser Stelle geantwortet. Auch die Hamburger Schlachter-Znang  
ist jetzt auf den Plan getreten mit einer Zuschrift, die gegen  
die Ausführungen der Landwirtschaftskammer gerichtet ist. Es  
heißt darin:

„Es ist nicht richtig, daß auf dem Hamburger Markt die Be-  
schädigung mit lebendem Inlandsvieh sich im Vergleich zu 1913  
nahezu verdoppelt hat. Das trifft annähernd zu bei Rindern  
und Kälbern. In den ersten sechs Monaten 1913 wurden dem  
Hamburger Markt 20 504, in der gleichen Zeit 1924 33 762 in-  
ländische Rinder zugeführt. Hierbei muß aber berücksichtigt wer-  
den, daß der Rinderauftrieb zum Hamburger Markt im Jahre  
1913 nicht in Frage kommen kann bei einem Vergleich der Ge-  
samtaufnahmen und Schlachtungen an sämtlichen deutschen Schlach-  
toviehmärkten. Die Zufuhren ausländischer Rinder spielen für  
Hamburg insofern eine bedeutende Rolle, weil Hamburg der  
Hauptumschlagplatz für ausländische, hauptsächlich für dänische  
Rinder ist. Es wurden dem Hamburger Markt in den ersten sechs  
Monaten 1913 29 086 ausländische Rinder zugeführt. Diese Kon-  
turrenz hat selbstredend dazu geführt, daß das inländische Material  
in größerem Umfang den Plätzen zugeführt wurde, wo diese  
Konkurrenz fehlte. Im ersten Halbjahr 1924 sind nur 8950 aus-  
ländische Rinder am Hamburger Markt eingetroffen. Der Voll-  
ständigkeit halber sei bemerkt, daß hiernach der Gesamtauftrieb im  
ersten Halbjahr 1913 49 600 Stück, 42 712 im ersten Halbjahr 1924  
betrug.“

In der Zuschrift der Landwirtschaftskammer wird eigenüm-  
lichermaßen gänzlich verschwiegen, daß die Zufuhren und Schlach-



**Wagen an Schweinen und Schafen** ganz erheblich gegen 1913 zurückgegangen sind. Zufuhr an Schweinen im ersten Halbjahr 1913 350 138 Stück, im gleichen Zeitraum 1924 228 121 Stück, Schafe 1913 52 170 und 1924 nur 27 497. Insbesondere der Winterauftrieb von Schweinen, 127 000 Stück im halben Jahr, ist bedeutungsvoll für die Beurteilung der Sachlage. Nicht so sehr fällt der Winterauftrieb von Schafen um rund 50 Prozent ins Gewicht, wennschon sich gerade jetzt zurzeit der jungen Gemüße die Knappheit fühlbar macht.

Richtig ist, daß bedauerlicherweise die Rinderbeschädigungen in dem in der Zukunft beabsichtigten Umfang zugenommen haben, und man kann der Anregung, daß die Regierung hiergegen einschreite, nur zustimmen. Sollte es kein Mittel geben, um diesem — man möchte sagen Raubbau — Einhalt zu gebieten, so dürfte es in absehbarer Zeit mit der Versorgung der Bevölkerung mit inländischem Rindfleisch ebenso inwieweit ausfallen, wie jetzt schon mit der Versorgung von Schweinefleisch.

Um so mehr sollte die Regierung es sich sehr überlegen, den Beitritten der Landwirtschaft, die Einfuhr von Vieh und Fleisch zu erschweren, Folge zu leisten.

## Sozialistische Kulturwoche in Leipzig.

Vom 2. bis 6. August 1924.

Zum erstenmal veranstaltet der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit eine große sozialistische Kulturtagung. Tausendfältige Kräfte regen sich in der sozialistischen Arbeiterschaft, in den Kreisen der Jugend, der Jungsozialisten, der Gewerkschafter und streben nach neuen Lebensformen, nach einer Höherentwicklung der menschlichen Kultur. Die Leipziger Kulturwoche soll den starken Kulturwillen zum Ausdruck bringen, der in der Arbeiterschaft lebendig ist. In großen öffentlichen Rundgebungen werden die kulturpolitischen Forderungen des Sozialismus erhoben werden.

Alle großen sozialistischen Kulturorganisationen halten in Leipzig Tagungen ab. Mit der Kulturwoche verbunden ist gleichzeitig ein mitteldeutscher Jugendtag des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands vom 2. bis 4. August. Daneben finden eine Reihe bildender und künstlerischer Veranstaltungen statt, die allen kulturell tätigen Genossen und Genossinnen eine reiche Fülle von Anregungen bieten werden.

Im Mittelpunkt der Kulturwoche steht das Leipziger Gewerkschaftsfest am Sonntag, den 3. August, das als großes sozialistisches Volksfest im Freien gedacht ist und einer neuen Festkultur

der Arbeiterschaft die Wege ebnen soll. Am gleichen Tage vor mittags wird Lollers „Wandlung“ aufgeführt, während der Abschluß der Woche und zugleich ihre höchste künstlerische Steigerung die Aufführung des gemächlichen Chorwerkes „Samson“ von Hindel bilden wird.

Die Teilnehmerkarte für die Kulturwoche kostet 1 Mk. und berechtigt zur Teilnahme an Gewerkschaftsfest. Für die großen künstlerischen Einzelveranstaltungen werden besondere Karten zu mäßigen Preisen ausgegeben, für die Tagungen sind Gastkarten zu haben. Auch wer an keiner der Tagungen teilnimmt, dem bietet die Kulturwoche ein reiches Programm mit einer Fülle von Anregungen. Besonders verwiesen sei auf die Begrüßungsfeier am 2. August, die Veranstaltungen am 3. August, die große kulturelle Rundgebung am 4. August und die Schlußfeier, die eine Massenbeteiligung aus allen sozialistischen Kreisen Deutschlands aufweisen müssen. Die Leipziger Arbeiterschaft ist auf Massenbesuch eingeladen und wird alles tun, um den Gästen aus den verschiedenen Teilen des Reiches den Leipziger Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

Teilnehmerkarten sowie Karten für die Einzelveranstaltungen sind zu beziehen durch das Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Braunschweig 17. Ebenso sind alle Anfragen sowie auch Anmeldungen für die Kulturwoche und Wünsche hinsichtlich der Quartiervermittlung dorthin zu richten.

Das Programm enthält u. a. folgende Tagungen: Samstag, 2. August: Reichstagung der Kinderfreunde.

Sonntag, 3. August: Morgenfeier der Jugend. Aufführung der „Wandlung“ von Ernst Loller. Gewerkschaftsfest im Freien.

Montag, 4. August: Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse. Reichstagung der sozialistischen Studenten. Tagung des Reichsausschusses des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands. 2. Aufführung der „Wandlung“ für die Teilnehmer am Mitteldeutschen Jugendtag. Deffentliche kulturelle Rundgebung.

Dienstag, 5. August: Sozialistische Kulturkonferenz. Besichtigung der Buch- und Kunstausstellung.

Mittwoch, 6. August: Sozialistischer Lehrertag. Schlußfeier. „Samson“ von Hindel.

## Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratische Frauen. Donnerstag den 31. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, **Versammlung**. Wichtige Tagesordnung, daher Erscheinen dringend erforderlich. Der Vorstand. L. Jaekel.

# Lübecker Bürgerschaft.

## Genehmigung der Reedereivorlage.

h. Lübeck, 28. Juli.

### Nochmals der § 218.

In der Fortsetzung der Beratung über den Antrag von Frau Grewe über Aufhebung der §§ 218/19 betont Dr. Siering (Wirtsch.), die Sache gehöre an und für sich nicht vor die Bürgerschaft. Die Linksparteien könnten sich ja an ihre Reichstagsabgeordneten wenden. Ihm als Vertreter der Minderheit des Ausschusses müsse das Wort der Verteidigung gegeben werden. Der Redner glaubt, Herzje, die aus wohlwollendem Herzen den bedrängten Frauen helfen, würden den armen Frauen erst recht helfen. Wer es nur aus materiellen Interessen tue, der gehöre ins Zuchthaus. Des ferneren wendet sich der Redner entsetzt gegen die Ermüdung der vor Haut in der letzten Sitzung angeführter Tatsachen über das moralisch anrüchliche Klosterwesen früherer Zeit (Zucht Haus; Heuchelei!) und erhebt sich über den Kaltschaden, der die Abfuhr Sierings durch Haut feststellte. Dr. Siering versuchte weiter, Haut als Feind der katholischen Religion hinzustellen. Schließlich gibt der Redner zu, daß die bürgerliche Klasse mit dem Verbrechen gegen das leibende Leben begonnen habe. Nicht Not, sondern Wohlleben habe sie dazu verführt. Das sei ein Zeichen des sittlichen Niederganges. Scharfe Geleise seien notwendig gegen diejenigen, die die Kindelzahl zugunsten eines einzigen Erben einschränken. Die Arbeiter hätten keine Ursache, diesem Beispiel zu folgen, weil sonst die Unternehmer ausländische Kräfte heranziehen würden. Zur Bekämpfung seiner Ausführungen stellt Dr. Siering einige Fragen an Haut, die über Mary, Ricardo, Maltheus und Wannenbreder gehen und betont zum Schluß, daß auch er die §§ 218 und 219 für abänderungsbedürftig halte. Den Unbemittelten müsse nachthätiger Schutz zur Pflege ihrer Nachkommen gewährt werden. — Frau Grewe (Komm.) behrmt wiederholt, daß es auch in Lübeck sehr viele Herzje gebe, die sich mit der Abtreibung befassen. Um Mutter und Kind zu schützen, müssen viel mehr soziale Maßnahmen geschaffen werden. Heute überlasse man Mutter wie Kind dem Elend. Bei solchen Zuständen dürfe man vorwiegende Maßnahmen nicht mit Zuchthaus bestrafen. Was unter Luft gehe sich niemand mit solchen Sachen an. — Frau Heßien (Soz.) stellt die Frage, ob der Zweck der §§ 218/19 — Schutz für Mütter und Kinder — erreicht werde, oder ob viele Paragraphen nicht mehr geschadet als genutzt hätten. Das letztere müsse bejaht werden. Weit mehr Frauen seien durch die Paragraphen zugrunde gegangen als geschützt worden. Etwas Gutes habe der Paragraph nicht bezweckt. Für uns in Deutschland komme es darauf an, mehr gesunde als kranke Menschen zu erzielen. Schrankenloses Ausleben lasse sich durch den Paragraphen nicht verhindern. Religiöse und sittliche Momente sollte man lieber dort mehr hervorheben, wo man blühende Menschenleben zähle vernichtet.

Haut (Soz.) wendet sich gegen die Unterstellung Dr. Sierings, die Akademiker bekämpft zu haben. Er habe sich nur gegen die Sache gewandt, weil sie glaubte, die allein richtige Meinung zu haben. — Wie notwendig eine solche Zurückweisung sei, ergebe sich ja auch aus der Meinung Dr. Sierings, daß die Bürgerschaft nichts gegen die Abtreibung oder Aufhebung der Paragraphen tun könne. Als Einzelstaat habe Lübeck sich und Stimme im Reichsrat und könne dort Geleise beeinflussen. In der Hand des Senats wisse Haut, daß Dr. Siering nach, daß sich dieser sehr wohl in abfälligen Sinne gegen die Arbeiterschaft ausgesprochen habe und daß dessen Resultate in Arbeiterfragen nicht weit her sind. Für Jugendtag sei die Sozialdemokratie schon seit 1892 eingetreten. Die bürgerlichen Vertreter laufen hieran vorbei und die „güldigen“ Frauen stellen heute kein fortbildungspflichtiges Hausmädchen ein, weil sie deren Arbeitskraft reiflos auszunutzen wollen. Gewehrt habe ich mich gegen die drohende Behauptung Dr. Sierings, wir wollten die Ehe zu einer Bergungsgangart mit nachfolgendem Kinderwurf machen. Mit Marxismus habe die Frage wirklich nichts zu tun, denn wenn der Marxismus durchgeführt sei, erübrige sich auch dieser berüchtigte Paragraph. Keine Straße des Volkes kein vollkommen darüber einig, daß dieser Paragraph beseitigt werden müsse. Zeit in jeder Familie der bürgerlichen Gesellschaft werde dagegen verbracht. Dagegen helfe nicht Zuchthaus, sondern gesetzliche Abtreibung.

Dr. Siering (Wirtsch.) erkennt nur medizinische Gründe für zeitliche Erträge als berechtigt an. Die ganze Frage sei

nicht genügend geklärt. — Heilborn (Komm.) widerlegt falsche Äußerungen Dr. Sierings, die dieser seinem Fraktionsgenossen Kopf in den Mund gelegt hat. Heilborn behauptet zum Schluß, der Sozialdemokratie sei es mit der Aufhebung dieses Paragraphen gar nicht ernst. — Der Antrag Grewe wird angenommen, im ersten Teil nur mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten.

Der Antrag der Kommunisten betr. Konflikt mit der russischen Sowjetrepublik findet nicht die nötige Unterstützung. Ein Antrag Wandke (Dem.) auf Veränderung der Bauart der nächsten Tagesordnung. Abgelehnt wird ein Antrag auf Einstellung der Straßenspülung. — Auf die nächste Tagesordnung kommt ferner ein Antrag betr. Errichtung eines Hallenschwimmbades.

Angenommen werden folgende Senatsanträge:  
1. Verkauf von Land aus dem Nebenhöfer Industriegebiet.  
2. Um- und Erweiterungsbau des ehemaligen von Großheim-Jahn Schulgebäudes.  
3. Heizung der Schulen, Hallen und Turnhallen.

## Die neue Reederei bewilligt.

1. Antrag: Gewährung eines Darlehens für eine neu zu errichtende Reederei.

Haut (Soz.) gibt mit der Bemerkung, daß seine Fraktion die Mittel im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Lübecks bewillige, folgenden Ausschuhbericht:

Namens des Ausschusses habe ich Ihnen folgenden Bericht zu verlesen, den bei der Knappheit der Zeit drucken zu lassen, nicht mehr möglich war. Ich bitte Sie, die Kürze desselben nicht tadeln zu wollen, denn Sie werden verstehen, daß die Angelegenheit der Gründung einer neuen Reederei mit Unterstützung aus Staatsmitteln im Interesse Lübecks einige Reserve anerkennen muß. Das erfordert aber, daß ich nicht mit aufgedeckten Karten spiele.

Der Ausschuh hat sich in drei langen Sitzungen bemüht, auch in die letzten Verzweigungen des Antrages hineinzufragen. Er hat zu diesem Zwecke nicht nur Herrn Senator Dr. Kallbrenner als den Senatsvertreter gehört, der die ganzen Verhandlungen führte, nicht nur Herrn Ernst Bote als einen der privaten Zeichner des Grundkapitals, sondern er hat zu seiner letzten Sitzung auch vier Vertreter des hiesigen Reedereivereins, dessen Stellung Ihnen aus der Eingabe bekannt ist, einen Vertreter der Binnen-Schiffahrt, einen der Spediteure und Herrn Direktor Dr. Ott von der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft hinzugezogen. Sie ersehen daraus, daß der Ausschuh nichts unversucht gelassen hat, die Sache ganz zu klären. Zur Sache selbst habe ich folgendes zu sagen:

Daß Lübeck in der Nachkriegszeit in eine außerordentlich ungünstige Lage gekommen ist, wird niemand bestreiten können, der unsere wirtschaftliche Lage und unsere Hafenerhältnisse kennt. Es hat uns — vielleicht unter dem gemächlichen Druck der Verhältnisse — an einer großzügigen und zielbewußten Reedereipolitik gefehlt, und so ist es dazu gekommen, daß durch das Fehlen regelmäßiger Posten eine Unmasse Gut von Lübeck abgewandert ist, vor allem auch nach Hamburg und Bremen. Daß das sehr gefährlich für uns ist, braucht ich Ihnen nicht weiter auseinanderzusetzen. Ich denke dabei nicht nur an die Verödung unseres Hafens und die damit verbundene Vernichtung einer sehr großen Zahl von Erträgen, die mit ihm auf Gefößen und Bändern verbunden sind, sondern auch an die nicht zu übersehende Gefahr, daß große Firmen, auf deren Verbleib Gewicht zu legen wir alle Ursache haben, von Lübeck abwandern, um sich anderswo anzustellen, wo die Ertragsmöglichkeiten günstiger liegen. Wollen wir halten, was wir besitzen, wollen wir ausbauen und Neues schaffen, ist es aber vor allen Dingen erforderlich, gute Verkehrsverbindungen zu schaffen. Daß das wichtig und zugleich notwendig ist, werden Sie mir alle zugestehen. Ich brauche darüber kein Wort weiter zu verlieren. Darüber war ich aber der Ausschuh in seiner überwiegenden Mehrheit einig, daß es für uns vor allem darauf ankommt, die Regelmäßigkeit von Fahrten zu garantieren. Es kann uns nichts nützen, wenn wir nach irgendeinem Hafen nur drei Jahre, wenn genügend Frachtpotential vorhanden ist, sondern Verlassen zu unsere Verkehrsverhältnisse kann nur dann gemindert werden, wenn die Regelmäßigkeit besteht, daß auf jeden Fall zu der angegebenen Zeit ein Schiff fährt. Die Möglichkeit haben wir vor dem Kriege, und sie neu zu schaffen, muß wieder unser ganzes Bestreben sein.

Man könnte man gemäß einwenden, daß man das auch auf dem Wege einer Subvention erreichen könne. Aber der Ausschuh war darin einer Meinung, daß wir damit nicht wesentlich weiter kämen. Wir dürfen uns nicht abhängig machen von nur privaten und damit sehr gefährlichen Interventionen, nicht abhän-

gig machen vor allem auch von Interessen auswärtiger Firmen, sondern unsere Belange müssen wir in strenger Verfolgung des uns nachstehenden Zieles selbst vertreten, durch eine Reederei, die möglichst kräftig zu gestalten unser Bestreben sein muß. Wir garantieren uns, daß wir nicht die subventionierte Reederei verlieren, wenn die Staatszahlungen aufhören, wer schafft uns die Summe von Erträgen wieder, die wir dann verlieren?

Ich darf hinzufügen, daß in dem Verträge feste Garantien geschaffen sind, durch die eine Verlegung des Wohnsitzes oder, was noch wichtiger ist, des Betriebes der Reederei ohne Zustimmung Lübecks unmöglich ist. Ich halte mich für verpflichtet, das besonders auszusprechen, weil der Punkt in den Verhandlungen auch eine Rolle spielte. Ebenso hat der Staat die Möglichkeit, auch nach dem Jahre 1934 — bis dahin soll die Rückzahlung der eingesetzten Staatsgelder erfolgen — sich nach eigenem Ermessen weiter an den Unternehmungen zu beteiligen, und zwar auf eine längere Reihe von Jahren.

Darin stimmte der Ausschuh Herrn Dr. Leber zu, daß wir sicher noch nicht am Ende der Bewilligungen stehen, aber das muß getragen werden, und das will der Ausschuh auch tragen, weil er sich dessen bewußt war, was es für das Allgemeinwohl Lübecks bedeutet, wenn wir wieder einen kräftigen Hafenerwerb haben, dessen Gesundheit uns die Hoffnung auf eine immer bessere Gestaltung des Hafens läßt. Überall dort eingreifen, wo es unser Interesse fordert, muß das Ziel unserer neuen Reederei sein, und dafür müssen wir als Hafenstadt die Mittel bereit stellen, die erforderlich sind.

Ich bedaure fast, daß nicht unser Kollege Möller an meiner Stelle zum Berichterstatter bestimmt wurde, denn gerade keine von Sachkunde und Klarheit getragenen Ausführungen haben auf fast alle Ausschuhmitglieder großen und nachhaltigen Eindruck gemacht.

Nun ist es klar, daß in einer Zeit wie der unsern mit einer derartigen Knappheit der flüssigen Mittel die private Wirtschaft nicht allein imstande ist, die notwendigen Kapitalien zu beschaffen. Der Staat muß hier helfend eingreifen, denn es gilt, sehr Interesse zu fördern. Ueber den Kopf wachsen kann uns aber das neue Unternehmen nicht, denn die Vertragsbedingungen besagen, daß die Privaten in demselben Maße Zuschüsse zu leisten haben wie der Staat.

Auf eine Rentabilitätsberechnung hat der Ausschuh bewußt kein Gewicht gelegt. Er weiß, daß vielleicht auf eine längere Zeit mit Verlusten gearbeitet werden muß, daß vielleicht sogar große Teile des Staatskapitals verloren gehen. Aber auf der anderen Seite würde er Ihnen die Annahme der Vorlage nicht mit allen gegen die Stimme des Vertreters der kommunistischen Fraktion empfehlen, wenn er sich nicht dessen bewußt geworden wäre, daß zielbewußte und tatkräftige Arbeit die Gewähr dafür zu bieten vermag, daß wir vorwärts kommen. Konkurrenzabsichten gegen die bestehenden Reedereien leiten den Staat so wenig wie die privaten Zeichner, sondern es handelt sich lediglich um Stützungsabsichten. Der Ausschuh kann in diesem Sinne die Erklärung der Reederevertreter nur dankbar begrüßen, daß sie nicht grollend zur Seite stehen würden.

Nach den Erklärungen des Vertreters der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft darf man die Hoffnung hegen, daß auch die Bahn sich bemühen wird, die Exportfähigkeit unseres Hafens zu fördern.

Ich bitte Sie aus allen diesen Gründen, dem fast einmütig gefassten Beschluß des Ausschusses zuzustimmen und die Senatsvorlage mit ebenso großer Stimmensmehrheit zu genehmigen.

Ich könnte meiner Bericht schließen, wenn ich nicht noch ein besonderes Wort an die Adresse des Senates zu richten hätte. Von dem Vertreter der Binnen-Schiffahrt, der im übrigen der Senatsvorlage volle Sympathie entgegenbrachte, wurde in dem Ausschuh darauf hingewiesen, daß die Umschlageseinrichtungen im Hafen nicht den zu stellenden Anforderungen entsprächen. Das bezieht sich namentlich auf Salz, das in großem Maße von hier exportiert wird. Wenn nicht der Ausschuh auch nicht besonders beauftragt hat, das hier auszusprechen, bin ich doch überzeugt, daß ich im Namen aller Mitglieder handle, wenn ich den Senat ersuche, im Verein mit der Handelskammer die Klagen zu prüfen und sie gegebenenfalls durch Stellung eines Antrages zu unterstützen.

Klann (Komm.) erklärt, seine Fraktion lehne alle aus politischen Gründen die Vorlage ab. Wenn Hamburg und Bremen eine bessere Schiffahrt als Lübeck hätten, so liege dies nicht an den wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern an der besseren Lage dieser Häfen mit ihrer guten Ueberseeerbindung. Russland warte nicht auf die Lübecker Schiffahrt. Deutschland unterwerfe sich den französischen Militärkräften und dem Dawesgleich und mache dadurch die Hebung seiner Wirtschaft unmöglich. Der Konkurrenzkampf der anderen Staaten mit Deutschland trete immer stärker hervor. Die Kommunisten unterstützen den morrischen kapitalistischen Staat nicht. — Die Vorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

## Feinde der Völkerveröhnung.

Ein Antrag Fint (Doöl.) und Ewers (Wirtsch.) erhebt auf Grund des Art. 35 der Verfassung dagegen Einspruch, daß am Sonntag, dem 3. August, die englischen Arbeiterportier von der Schützmannskapelle am Bahnhof abgeholt werden. — Der Antrag wird abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die Bürgerschaft vertagt sich bis zum September.

## Gewerkschaften.

### Der Deutsche Verkehrsband im Jahre 1923.

Das von politischen Erschütterungen und einer großen wirtschaftlichen und sozialen Krise erfüllte Jahr 1923 gab auch der Kurve der gesamten Gewerkschaftsentwicklung eine fallende Richtung. In der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung hat sich bisher immer wieder gezeigt, daß zu Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges auch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sinkt. Ein Beweis dafür, daß die Theorie der Kommunisten: „Je miserabler die wirtschaftlichen Verhältnisse, desto klassenbewußter das Proletariat“ ebenso falsch ist. Mit einem Bestande von 566 274 Mitgliedern trat der Deutsche Verkehrsband in das Jahr 1923 ein und ging bis zum Jahreschluß auf 428 240 Mitglieder zurück. Was sind die Gründe, die zu diesem Verlust von fast einem Viertel der Mitgliedschaft geführt haben?

Da sind zunächst zu nennen die Stilllegungen der gesamten Binnen-Schiffahrt auf dem Rhein und den angrenzenden Wasserstraßen als Folge der Ruhrbesetzung. Einschränkung und Stilllegungen zahlreicher Straßenbahnbetriebe, Personalabbau bei der Reichspost und anderen staatlichen und kommunalen Verkehrsbetrieben und nicht zuletzt die juristische Massenarbeitslosigkeit von der Deutschlands Wirtschaft und Arbeiterschaft heimgesucht worden war.

Dazu kam die politische Demagogie der wässigen Reaktion und der kommunistischen Phrasen, die die Verzweiflungssinnung breiterer Arbeitermassen zu einem kavalieren Verleumdungsfeldzug gegen die Gewerkschaften ausnützte. Diese Umstände nutzte wieder das Unternehmertum aus und ging in der zweiten Hälfte des verfloßenen Jahres mit einer geradezu unerhörten Brutalität gegen die Arbeiter vor. Unter diesem Druck von allen Seiten war es eigentlich vorzuziehen, daß sich die Spreu vom Weizen sondern und alles, was nicht erprobt und von einer unerklärlichen Ueberzeugungskraft befeuert war, die Reihen der Organisation verlassen würde. Bedenklich war, daß am Jahreschluß 1913 die Organisation der Transnarbeiter 229 427 Mitglieder zählte und diese Zahl während des Krieges bis auf



rund 58 000 herabgedrückt wurde, so kann mit Zug und Recht gesagt werden, daß der Deutsche Verkehrsband trotz aller politischen Wirren und wirtschaftlichen Krisen der Nachkriegszeit sich glänzend behauptet hat.

Die Tätigkeit des Bundes konzentrierte sich in der Hauptsache auf die Erledigung der Kiefenzahl von 33 419 Lohnbewegungen, die in 693 Orten, 3 Bezirken, 6 Stromgebieten und dem Gebiete der Nord- und Ostsee 645 095 Berufsangehörige umfaßten. Von den 213 Streiks, die geführt werden mußten, wurden in 88 Orten 3 Bezirken, einem Stromgebiet und dem Gebiet der Nordsee 6322 Betriebe mit 74 484 Berufsangehörigen erfaßt. Von den Beteiligten waren 66 840 Mitglieder des Verkehrsbandes. Die Gesamtdauer der Streiks belief sich auf 1736 Tage, so daß im Durchschnitt jeder Streik 8 Tage dauerte. Ausprägungen wurden in 5 Fällen verhängt, die sich auf 101 Betriebe mit 2724 Beteiligten erstreckten. Die Gesamtkosten aller Lohnbewegungen, Streiks und Ausprägungen beliefen sich auf 23 244 708 701 Millionen Mark.

Wenn trotz aller bei den Lohnverhandlungen angewandten Mühen und trotz wiederholter größerer Streiks das Ergebnis der Lohnbewegungen keineswegs befriedigte, so darf aber nicht übersehen werden, daß es dem DVB gelungen ist, wenigstens verhältnismäßig die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Transport- und Verkehrsgewerbe besser zu gestalten, als es in vielen anderen Berufen möglich war. Mehrere Ursachen haben zu diesem Erfolge beigetragen. Erwähnt seien die beiden ausschlaggebendsten. Einmal blieb, trotz aller das Gegenteil erstrebender Anweisungen der Moskauer Spaltungszentrale die Geschlossenheit der Organisation unerschütterlich. Zum anderen ist infolge des Wachstums des deutschen Transitverkehrs die Beschäftigungsmöglichkeit im Transportgewerbe trotz der Krise besser gewesen als in der Industrie.

### Schiedspruch für das deutsche Baugewerbe.

#### Beseitigung des Achtstundentages.

Es ist den Unternehmern im Baugewerbe gelungen, einen Unparteiischen zu finden, der einen Schiedspruch gefällt hat, wonach für das deutsche Baugewerbe vom 16. April bis 15. Oktober die 52stündige Arbeitszeit zu gelten habe. Praktisch kommt das nicht nur auf die Beseitigung des Achtstundentages hinaus, sondern für einzelne Gruppen des Baugewerbes auf eine längere Arbeitszeit, als sie vor dem Kriege hatten.

Die Verhandlungen über einen Reichsarbeitsvertrag für das Baugewerbe sind immer wieder gescheitert. Die Unternehmer haben schon im Jahre 1920 auf einem internationalen Kongress in Brüssel beschlossen, den Achtstundentag im Baugewerbe zu beseitigen. Dieser Parole der Internationale der Unternehmer haben die Bauunternehmer der meisten Länder zu folgen versucht. Es ist daher in vielen Ländern zu umfangreichen Kämpfen gekommen, insbesondere in England, wo es aber den Bauarbeitern gelungen ist, die 44-Stunden-Woche zu behaupten.

In Deutschland, wo im Baugewerbe durch das bekannte Verfahren die Preise künstlich hochgehalten wurden und erst durch die steigende Konkurrenz der sozialen Baubetriebe herabgesetzt werden konnten, haben die Unternehmer behauptet und behaupten noch, daß sie die Verlängerung der Arbeitszeit nur wünschen, um eine Verbilligung der Baukosten herbeizuführen. Wenn man weiß, wie mangelhaft gerade das Baugewerbe in Deutschland ist, wie wenig die Bauunternehmer sich bemühen, die Baupreise durch rationelle Betriebsführung und technische Verbesserungen der Produktivität zu senken, dann wird man sich von den Behauptungen der Bauunternehmer nicht täuschen lassen.

Die langwierigen, immer wieder gescheiterten Verhandlungen führten schließlich zu einem Schlichtungsverfahren im Reichsarbeitsministerium. Das Ergebnis war die Fällung eines Schiedspruches durch den unparteiischen Vorsitzenden. Nach diesem Schiedspruch beträgt die wöchentliche Arbeitszeit „grundsätzlich“ 48 Stunden, kann aber vom Arbeitgeber während des Sommerhalbjahres ermäßig auf 52 Stunden verlängert werden, ohne daß für die Überstunden ein Zuschlag zu zahlen ist. Die Arbeitszeit würde demnach betragen vom 1. Dezember bis 28. Februar 42, vom 1. März bis 15. April 48, vom 16. April bis 15. Oktober 52 und vom 16. Oktober bis 30. November 48 Stunden. Es wird also in das Ermessen des Unternehmers gestellt, den „gesetzlichen“ Achtstundentag um vier Stunden die Woche zu verlängern. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer, das in der Verfassung garantiert ist, wird aufgehoben. Die Lohnspanne zwischen Facharbeitern und Ungelernten wird von 5 auf 15 Prozent erhöht. Die Staffelung der Lohnsätze ist gleichfalls erhöht worden. Sie beträgt vom 16. bis 17. Lebensjahre 12½ Prozent und verringert sich bis zum 21. Jahre um 2½ Prozent des Lohnes des Vollarbeiters. Anspruch auf Ferien haben die Arbeiter, die „mindestens 36 Wochen in demselben Unternehmen ununterbrochen gearbeitet“ haben. Der Vertrag gilt bis zum 1. März 1926, kann aber zum 1. März 1925 gekündigt werden.

Der „Zimmerer“, dem wir diese Angaben entnehmen, schreibt hierzu:

Ein näheres Eingehen auf alle Einzelheiten des vorstehenden Schiedspruches behalten wir uns vor. Er enthält nicht unerhebliche Verschlechterungen in der Ferienfrage, der Staffelung nach dem Lebensalter und der Lohnspanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern. Vor allen Dingen aber, und das ist der Kernpunkt: er bedeutet die Beseitigung der Arbeitszeit unter 48 Stunden und für die Sommermonate die glatte Aufhebung des Achtstundentages für das Baugewerbe. Der Schiedspruch stellt es somit vollkommen in das Ermessen des Unternehmers, die „wirtschaftlichen Bedürfnisse des Betriebes“ als Vorwand zu benutzen, um eine zulässigste Mehrarbeit von wöchentlich vier Stunden anzunehmen.

Ohne daß wir der Entscheidung unserer Verbandsinstanzen vorgehen wollen — Erklärungsfrist ist bekanntlich bis 4. August — darf doch heute schon festgestellt werden, daß dieser Schiedspruch für unseren Zentralverband, und wir glauben auch für die anderen Arbeiterverbände, ganz untragbar ist.

### Des Ehrenobermeisters Ende.

So ruhm- und klanglos sich das Ende des einstmaligen mächtigen Präzidenten der Handwerkskammer, Karl Kahardt, gestaltet hat, so unbemerkt ist auch der Prozeß gegen ihn verlaufen. Und doch verdienen es die beiden Kahardt-Prozesse, daß wenigstens einige Momente aus der Unmasse des zusammengebrachten Sittenmaterials der Kriegs- und Nachkriegszeit für die zukünftigen Geschlechter zusammengestellt und festgehalten werden.

Kahardt war 19 Jahre Obermeister der Tischlerinnung Berlin, dann Präsident der Handwerkskammer. Als rechtsprechender Mitbestandestatter, als Beschützer des Handwerks führte er einen zähen und rücksichtslosen Kampf gegen die Gewerkschaften, gegen die Tarife, für niedrige Löhne und lange Arbeitszeit. Deshalb fand er auch gebührende Schätzung durch die „allerhöchste“ Stelle, und so wurde er als erster Vertreter des Handwerks von Wilhelm dem Letzten in das Herrenhaus berufen. Der selbstherrliche Herrscher Deutschlands hatte das nötige Verständnis für den selbstherrlichen Beherrscher des Handwerks. Und wie Wilhelm in seinen märkischen Wäldern und Rußland mit die Schuld am Weltkrieg trug, so loberte in seinem Herrenhausmitglied Kahardt die verheerende Flamme der Sabotage auf: sich auf Kriegskosten zu bereichern. Die Nachkriegszeit mit der Liquidation der verschiedenen Heeresbestände vervollständigte dieses Bild. Es begann ein Tanz um das goldene Kalb. Dabei waren die rücksichtslosen Nutznießer der Kriegs- und Nachkriegszeit, dazu gehörte Kahardt mit Sohn und Anhang. Nutznießer war selbst der Reichskommissar Schimmel, waren alle die Deutschen und jetzt Ausländer, die in Danzig und nicht allein in Danzig frei herumlaufen dürfen. Dieses Sittenbild einwandfrei, in großem Ausmaße

# Internationales Fußballweltspiel Arbeitersportler ENGLAND - LUBECK Sonntag, den 3. August Flugplatz Israelsdorfer Allee

nachmals ausgemalt und festgehalten zu haben, ist das Verdienst der beiden für den Staat so kostspieligen Kahardt-Prozesse.

Kahardt hat einen zähen Kampf gegen die Hebung der Lebenshaltung und somit gegen den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse geführt. Dem durch die wirtschaftliche Entwicklung zum Untergang verurteilten Handwerkerstande wollte er auf Kosten der Arbeiter neuen Atem einhauchen. Reaktionäre Gewalten begünstigten ihn in diesem Kampfe, indem Kriegslieferungen in erster Linie dem so vielfach kriegsfeindlichen kleinen Handwerker zugingen. Und Kahardt wurde für seine Verdienste mit Ehren überschüttet, wurde zum Ehrenobermeister erhoben. Er aber trieb in den letzten Jahren Günstlingswirtschaft. Und als das Volk einschließend Handwerk — das früher zum Teil durch Kriegsvorbereitungen sein Dasein fristete — nun durch den Krieg ins ungeheure Unglück geführt wurde, da übte der Ehrenobermeister Verrot an seinen Schützlingen: sein Geld verwandte er zu eigenen Zwecken. Allein über 2 400 000 Goldmark floßen in die Kasse seines Sohnes. Antreue, Bestechung, Betrug, Kettenhandel und wie alle die juristischen Dinge heißen mögen, wurden ihm zur Last gelegt. Der Sittenschilderer der Zeit wird an Kahardt und Genossen nicht vorübergehen dürfen. Sein Name wird neben manchen anderen zum Kaffe-Typus der Kriegs- und Nachkriegszeit werden. — Da sowohl die Angeklagten als auch der Staatsanwalt auf eine Verurteilung gegen das vom erweiterten Schöffengericht Mitte erkannte Urteil verzichtet haben, ist dasselbe nunmehr rechtskräftig geworden.

### Vermischte Nachrichten.

**Grubenunglück.** Auf der Zeche 4 der Gewerkschaft Friedrich Thyssen in Hamborn ist Montag nachmittag das Förderseil der Nebenförderung von der fünften nach der sechsten Sohle gerissen. Beide Körbe von denen nur einer besetzt war, sind abgestürzt. Hierbei sind 6 Mann tödlich verunglückt.

**Ueber den nationalsozialistischen Raubmörder Kehler** geben die „Münchener Post“ und die „Frankfurter Tagespost“ folgendes Charakterbild: Der jugendliche Raubmörder Kurt Kehler wohnte bei seiner Mutter in Nürnberg. Er trug eine Zoppe und ging, nachdem er wegen des Diebstahls verurteilt worden war, vom Gymnasium ab. Die Mutter erlaubte ihm, nach Berchtesgaden zu fahren, gab ihm 40 Mark und rüstete ihn mit Wurst und anderen Nahrungsmitteln aus. Die Eltern — sie leben jetzt getrennt — hatten früher ein Hauschen bei Berchtesgaden gepachtet und Fremde beherbergt. Kurt Kehler kannte daher die Gegend sehr genau. Er kaufte sich noch in Nürnberg einen Revolver mit Munition, da ihm ein anderer Revolver, wie er angibt, gestohlen worden war. Kehler fuhr nach Berchtesgaden und nächtigte, da er keine andere Unterkunft fand, in einem Stadel. Den Studienrat Dr. Metz traf er zufällig auf dem Wege, schlief sich ihm an und schloß ihn bei passender Gelegenheit nieder. Kehler fuhr wieder nach Nürnberg; als eine anonyme Anzeige einlief, hielt die Polizei am 18. Juli in der Wohnung der Mutter Nachschau. Kehler hatte aber Wunde gezogen und hatte sich bereits entfernt. Er fuhr wieder nach Berchtesgaden und traf auf dem Wege nach Königsee bei Unterlein die in der zwanziger Jahren stehende Elsa Beyer aus Zwidau. Er schlug sie, es war abends 7 Uhr und noch sehr hell, mit einem Stock, den er sich kurz vorher gekauft hatte, nieder. Die Dame kürzte bewußtlos zusammen. Kehler schleppte sie vier Meter weit in ein Gebüsch und holte Jäddert und Handtasche, die die Dame hatte fallen lassen, ebenfalls ins Gebüsch herein. Hier bemerkte er, daß Elsa Beyer wieder zum Bewußtsein gekommen war. Sie stammelte einige unverständliche Worte. Aus Furcht, entdeckt zu werden, da außerhalb des Gebüsches, vier Meter von ihm entfernt, Leute vorübergingen, schloß er mit dem Messer auf sein Opfer ein und verletzte es schwer. Der Handtasche entnahm er 11 Mark. In Nürnberg wurde er im Hauptbahnhof entdeckt. Er floh, wurde aber aufgehalten und zur Polizeidirektion gebracht. Eine bei ihm gefundene Legitimationskarte bewies, daß er Mitglied der NSDAP-Bezirksgruppe Nürnberg war. Den Revolver mit sechs Schuss und das Messer trug er bei sich. Bei der Polizei gab er an, den Revolver habe er bei sich behalten, denn er habe nicht der Polizei lebend in die Arme fallen wollen, und er habe die Absicht gehabt, vor seiner Verhaftung noch mehrere in die ewigen Jagdgründe mitzunehmen. Nach Beendigung seines Verfahrens wurde Kehler der Staatsanwaltschaft Traunstein überstellt. — Die „Frankfurter Tagespost“ schreibt zu dem Fall: „In der völkischen Bewegung und in der nationalsozialistischen Partei sind nicht nur Pathologen, Größenwahnsinnige und Volksvorführer beheimatet, dort sitzen nicht nur politische Mordmörder, die einen Erzberger und Rathenau, einen Garezis, „killen“, sondern eifrige Mitglieder dieser Partei sind auch noch etwas anderes. Heute stellte sich heraus, daß der Berchtesgadener Raubmörder eines der eifrigsten Mitglieder der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung in Nürnberg gewesen ist. Kehler ist, was das Beschimpfen anders gestimmter Bürger anlangt, ein gelehriger Schüler der völkischen Führer gewesen. Er hatte in den Versammlungen der Nationalsozialisten vortrefflich gelernt, wie man mit der Ehre politischer Gegner im „völkischen Sinne“ umzugehen hat. Keine Versammlung verging, wo Kehler nicht mit seinem völkischen Abzichten anwesend war und sein kräftiges „Heil“ brüllte. Mit den Führern der Bewegung war er gut bekannt und wohlgefällig rühte deren Auge auf dem begeistertesten jungen Mann. Aber nicht nur das. In der Ordnungszelle Bayern war es sogar möglich, daß solche Bußen wie Kehler, daß solches Lumpengesindel, wie es in der Nationalsozialistischen Partei zu finden ist, als Notpolizei Verwendung finden konnte. Als die Sozialdemokratische Partei im vergangenen Herbst ihren ermordeten Genossen Kramer zur Ruhe bestattete, da sah man am Abend auch Kurt Kehler als Notpolizisten durch die Straßen gehen, wie man ihn auch am „Deutschen Tag“ für Deutschlands „Erneuerung“ demonstrieren sah.“

**Ueber den nationalsozialistischen Raubmörder Kehler** geben die „Münchener Post“ und die „Frankfurter Tagespost“ folgendes Charakterbild: Der jugendliche Raubmörder Kurt Kehler wohnte bei seiner Mutter in Nürnberg. Er trug eine Zoppe und ging, nachdem er wegen des Diebstahls verurteilt worden war, vom Gymnasium ab. Die Mutter erlaubte ihm, nach Berchtesgaden zu fahren, gab ihm 40 Mark und rüstete ihn mit Wurst und anderen Nahrungsmitteln aus. Die Eltern — sie leben jetzt getrennt — hatten früher ein Hauschen bei Berchtesgaden gepachtet und Fremde beherbergt. Kurt Kehler kannte daher die Gegend sehr genau. Er kaufte sich noch in Nürnberg einen Revolver mit Munition, da ihm ein anderer Revolver, wie er angibt, gestohlen worden war. Kehler fuhr nach Berchtesgaden und nächtigte, da er keine andere Unterkunft fand, in einem Stadel. Den Studienrat Dr. Metz traf er zufällig auf dem Wege, schlief sich ihm an und schloß ihn bei passender Gelegenheit nieder. Kehler fuhr wieder nach Nürnberg; als eine anonyme Anzeige einlief, hielt die Polizei am 18. Juli in der Wohnung der Mutter Nachschau. Kehler hatte aber Wunde gezogen und hatte sich bereits entfernt. Er fuhr wieder nach Berchtesgaden und traf auf dem Wege nach Königsee bei Unterlein die in der zwanziger Jahren stehende Elsa Beyer aus Zwidau. Er schlug sie, es war abends 7 Uhr und noch sehr hell, mit einem Stock, den er sich kurz vorher gekauft hatte, nieder. Die Dame kürzte bewußtlos zusammen. Kehler schleppte sie vier Meter weit in ein Gebüsch und holte Jäddert und Handtasche, die die Dame hatte fallen lassen, ebenfalls ins Gebüsch herein. Hier bemerkte er, daß Elsa Beyer wieder zum Bewußtsein gekommen war. Sie stammelte einige unverständliche Worte. Aus Furcht, entdeckt zu werden, da außerhalb des Gebüsches, vier Meter von ihm entfernt, Leute vorübergingen, schloß er mit dem Messer auf sein Opfer ein und verletzte es schwer. Der Handtasche entnahm er 11 Mark. In Nürnberg wurde er im Hauptbahnhof entdeckt. Er floh, wurde aber aufgehalten und zur Polizeidirektion gebracht. Eine bei ihm gefundene Legitimationskarte bewies, daß er Mitglied der NSDAP-Bezirksgruppe Nürnberg war. Den Revolver mit sechs Schuss und das Messer trug er bei sich. Bei der Polizei gab er an, den Revolver habe er bei sich behalten, denn er habe nicht der Polizei lebend in die Arme fallen wollen, und er habe die Absicht gehabt, vor seiner Verhaftung noch mehrere in die ewigen Jagdgründe mitzunehmen. Nach Beendigung seines Verfahrens wurde Kehler der Staatsanwaltschaft Traunstein überstellt. — Die „Frankfurter Tagespost“ schreibt zu dem Fall: „In der völkischen Bewegung und in der nationalsozialistischen Partei sind nicht nur Pathologen, Größenwahnsinnige und Volksvorführer beheimatet, dort sitzen nicht nur politische Mordmörder, die einen Erzberger und Rathenau, einen Garezis, „killen“, sondern eifrige Mitglieder dieser Partei sind auch noch etwas anderes. Heute stellte sich heraus, daß der Berchtesgadener Raubmörder eines der eifrigsten Mitglieder der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung in Nürnberg gewesen ist. Kehler ist, was das Beschimpfen anders gestimmter Bürger anlangt, ein gelehriger Schüler der völkischen Führer gewesen. Er hatte in den Versammlungen der Nationalsozialisten vortrefflich gelernt, wie man mit der Ehre politischer Gegner im „völkischen Sinne“ umzugehen hat. Keine Versammlung verging, wo Kehler nicht mit seinem völkischen Abzichten anwesend war und sein kräftiges „Heil“ brüllte. Mit den Führern der Bewegung war er gut bekannt und wohlgefällig rühte deren Auge auf dem begeistertesten jungen Mann. Aber nicht nur das. In der Ordnungszelle Bayern war es sogar möglich, daß solche Bußen wie Kehler, daß solches Lumpengesindel, wie es in der Nationalsozialistischen Partei zu finden ist, als Notpolizei Verwendung finden konnte. Als die Sozialdemokratische Partei im vergangenen Herbst ihren ermordeten Genossen Kramer zur Ruhe bestattete, da sah man am Abend auch Kurt Kehler als Notpolizisten durch die Straßen gehen, wie man ihn auch am „Deutschen Tag“ für Deutschlands „Erneuerung“ demonstrieren sah.“

**Taucharbeit in 160 Meter Tiefe.** Die praktischen Versuche, die im Oberen Balchensee mit dem verbesserten Tauchpanzer einer Kiefer Firma angestellt wurden, sind jetzt abgeschlossen. Die Taucher konnten noch in einer Tiefe bis zu 160 Metern arbeiten; das ist das Doppelte und Dreifache dessen, was bisher mit Taucherganzigen möglich war. An sonnigen Tagen drang das Tageslicht bis zu 140 Meter Tiefe hinab.

**Feuer auf einem norwegischen Amerikadampfer.** Auf dem norwegischen Amerikadampfer „Vergens Fjord“ brach am Sonnabend, nachdem er Christiania verlassen hatte, Feuer aus. 500 Passagiere wurden in Rettungsbooten nach Christiania gebracht. Der Materialschaden ist bedeutend.

**Der japanische Dampfer Tairen Maru mit 169 Personen** gesunken. Nach einer Meldung aus Otaru ist der der nordjapanischen Dampfschiffsgesellschaft gehörige Dampfer Tairen Maru auf der Höhe von Kap Notoro untergegangen. Man nimmt an, daß 138 Passagiere und 54 Mann der Besatzung den Tod in den Wellen gefunden haben. Achtzehn Passagiere und fünf Mann der Besatzung landeten auf Rettungsbooten bei dem Dorfe Notoro.

**Ueber den nationalsozialistischen Raubmörder Kehler** geben die „Münchener Post“ und die „Frankfurter Tagespost“ folgendes Charakterbild: Der jugendliche Raubmörder Kurt Kehler wohnte bei seiner Mutter in Nürnberg. Er trug eine Zoppe und ging, nachdem er wegen des Diebstahls verurteilt worden war, vom Gymnasium ab. Die Mutter erlaubte ihm, nach Berchtesgaden zu fahren, gab ihm 40 Mark und rüstete ihn mit Wurst und anderen Nahrungsmitteln aus. Die Eltern — sie leben jetzt getrennt — hatten früher ein Hauschen bei Berchtesgaden gepachtet und Fremde beherbergt. Kurt Kehler kannte daher die Gegend sehr genau. Er kaufte sich noch in Nürnberg einen Revolver mit Munition, da ihm ein anderer Revolver, wie er angibt, gestohlen worden war. Kehler fuhr nach Berchtesgaden und nächtigte, da er keine andere Unterkunft fand, in einem Stadel. Den Studienrat Dr. Metz traf er zufällig auf dem Wege, schlief sich ihm an und schloß ihn bei passender Gelegenheit nieder. Kehler fuhr wieder nach Nürnberg; als eine anonyme Anzeige einlief, hielt die Polizei am 18. Juli in der Wohnung der Mutter Nachschau. Kehler hatte aber Wunde gezogen und hatte sich bereits entfernt. Er fuhr wieder nach Berchtesgaden und traf auf dem Wege nach Königsee bei Unterlein die in der zwanziger Jahren stehende Elsa Beyer aus Zwidau. Er schlug sie, es war abends 7 Uhr und noch sehr hell, mit einem Stock, den er sich kurz vorher gekauft hatte, nieder. Die Dame kürzte bewußtlos zusammen. Kehler schleppte sie vier Meter weit in ein Gebüsch und holte Jäddert und Handtasche, die die Dame hatte fallen lassen, ebenfalls ins Gebüsch herein. Hier bemerkte er, daß Elsa Beyer wieder zum Bewußtsein gekommen war. Sie stammelte einige unverständliche Worte. Aus Furcht, entdeckt zu werden, da außerhalb des Gebüsches, vier Meter von ihm entfernt, Leute vorübergingen, schloß er mit dem Messer auf sein Opfer ein und verletzte es schwer. Der Handtasche entnahm er 11 Mark. In Nürnberg wurde er im Hauptbahnhof entdeckt. Er floh, wurde aber aufgehalten und zur Polizeidirektion gebracht. Eine bei ihm gefundene Legitimationskarte bewies, daß er Mitglied der NSDAP-Bezirksgruppe Nürnberg war. Den Revolver mit sechs Schuss und das Messer trug er bei sich. Bei der Polizei gab er an, den Revolver habe er bei sich behalten, denn er habe nicht der Polizei lebend in die Arme fallen wollen, und er habe die Absicht gehabt, vor seiner Verhaftung noch mehrere in die ewigen Jagdgründe mitzunehmen. Nach Beendigung seines Verfahrens wurde Kehler der Staatsanwaltschaft Traunstein überstellt. — Die „Frankfurter Tagespost“ schreibt zu dem Fall: „In der völkischen Bewegung und in der nationalsozialistischen Partei sind nicht nur Pathologen, Größenwahnsinnige und Volksvorführer beheimatet, dort sitzen nicht nur politische Mordmörder, die einen Erzberger und Rathenau, einen Garezis, „killen“, sondern eifrige Mitglieder dieser Partei sind auch noch etwas anderes. Heute stellte sich heraus, daß der Berchtesgadener Raubmörder eines der eifrigsten Mitglieder der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung in Nürnberg gewesen ist. Kehler ist, was das Beschimpfen anders gestimmter Bürger anlangt, ein gelehriger Schüler der völkischen Führer gewesen. Er hatte in den Versammlungen der Nationalsozialisten vortrefflich gelernt, wie man mit der Ehre politischer Gegner im „völkischen Sinne“ umzugehen hat. Keine Versammlung verging, wo Kehler nicht mit seinem völkischen Abzichten anwesend war und sein kräftiges „Heil“ brüllte. Mit den Führern der Bewegung war er gut bekannt und wohlgefällig rühte deren Auge auf dem begeistertesten jungen Mann. Aber nicht nur das. In der Ordnungszelle Bayern war es sogar möglich, daß solche Bußen wie Kehler, daß solches Lumpengesindel, wie es in der Nationalsozialistischen Partei zu finden ist, als Notpolizei Verwendung finden konnte. Als die Sozialdemokratische Partei im vergangenen Herbst ihren ermordeten Genossen Kramer zur Ruhe bestattete, da sah man am Abend auch Kurt Kehler als Notpolizisten durch die Straßen gehen, wie man ihn auch am „Deutschen Tag“ für Deutschlands „Erneuerung“ demonstrieren sah.“

**Taucharbeit in 160 Meter Tiefe.** Die praktischen Versuche, die im Oberen Balchensee mit dem verbesserten Tauchpanzer einer Kiefer Firma angestellt wurden, sind jetzt abgeschlossen. Die Taucher konnten noch in einer Tiefe bis zu 160 Metern arbeiten; das ist das Doppelte und Dreifache dessen, was bisher mit Taucherganzigen möglich war. An sonnigen Tagen drang das Tageslicht bis zu 140 Meter Tiefe hinab.

**Feuer auf einem norwegischen Amerikadampfer.** Auf dem norwegischen Amerikadampfer „Vergens Fjord“ brach am Sonnabend, nachdem er Christiania verlassen hatte, Feuer aus. 500 Passagiere wurden in Rettungsbooten nach Christiania gebracht. Der Materialschaden ist bedeutend.

**Der japanische Dampfer Tairen Maru mit 169 Personen** gesunken. Nach einer Meldung aus Otaru ist der der nordjapanischen Dampfschiffsgesellschaft gehörige Dampfer Tairen Maru auf der Höhe von Kap Notoro untergegangen. Man nimmt an, daß 138 Passagiere und 54 Mann der Besatzung den Tod in den Wellen gefunden haben. Achtzehn Passagiere und fünf Mann der Besatzung landeten auf Rettungsbooten bei dem Dorfe Notoro.

**Ueber den nationalsozialistischen Raubmörder Kehler** geben die „Münchener Post“ und die „Frankfurter Tagespost“ folgendes Charakterbild: Der jugendliche Raubmörder Kurt Kehler wohnte bei seiner Mutter in Nürnberg. Er trug eine Zoppe und ging, nachdem er wegen des Diebstahls verurteilt worden war, vom Gymnasium ab. Die Mutter erlaubte ihm, nach Berchtesgaden zu fahren, gab ihm 40 Mark und rüstete ihn mit Wurst und anderen Nahrungsmitteln aus. Die Eltern — sie leben jetzt getrennt — hatten früher ein Hauschen bei Berchtesgaden gepachtet und Fremde beherbergt. Kurt Kehler kannte daher die Gegend sehr genau. Er kaufte sich noch in Nürnberg einen Revolver mit Munition, da ihm ein anderer Revolver, wie er angibt, gestohlen worden war. Kehler fuhr nach Berchtesgaden und nächtigte, da er keine andere Unterkunft fand, in einem Stadel. Den Studienrat Dr. Metz traf er zufällig auf dem Wege, schlief sich ihm an und schloß ihn bei passender Gelegenheit nieder. Kehler fuhr wieder nach Nürnberg; als eine anonyme Anzeige einlief, hielt die Polizei am 18. Juli in der Wohnung der Mutter Nachschau. Kehler hatte aber Wunde gezogen und hatte sich bereits entfernt. Er fuhr wieder nach Berchtesgaden und traf auf dem Wege nach Königsee bei Unterlein die in der zwanziger Jahren stehende Elsa Beyer aus Zwidau. Er schlug sie, es war abends 7 Uhr und noch sehr hell, mit einem Stock, den er sich kurz vorher gekauft hatte, nieder. Die Dame kürzte bewußtlos zusammen. Kehler schleppte sie vier Meter weit in ein Gebüsch und holte Jäddert und Handtasche, die die Dame hatte fallen lassen, ebenfalls ins Gebüsch herein. Hier bemerkte er, daß Elsa Beyer wieder zum Bewußtsein gekommen war. Sie stammelte einige unverständliche Worte. Aus Furcht, entdeckt zu werden, da außerhalb des Gebüsches, vier Meter von ihm entfernt, Leute vorübergingen, schloß er mit dem Messer auf sein Opfer ein und verletzte es schwer. Der Handtasche entnahm er 11 Mark. In Nürnberg wurde er im Hauptbahnhof entdeckt. Er floh, wurde aber aufgehalten und zur Polizeidirektion gebracht. Eine bei ihm gefundene Legitimationskarte bewies, daß er Mitglied der NSDAP-Bezirksgruppe Nürnberg war. Den Revolver mit sechs Schuss und das Messer trug er bei sich. Bei der Polizei gab er an, den Revolver habe er bei sich behalten, denn er habe nicht der Polizei lebend in die Arme fallen wollen, und er habe die Absicht gehabt, vor seiner Verhaftung noch mehrere in die ewigen Jagdgründe mitzunehmen. Nach Beendigung seines Verfahrens wurde Kehler der Staatsanwaltschaft Traunstein überstellt. — Die „Frankfurter Tagespost“ schreibt zu dem Fall: „In der völkischen Bewegung und in der nationalsozialistischen Partei sind nicht nur Pathologen, Größenwahnsinnige und Volksvorführer beheimatet, dort sitzen nicht nur politische Mordmörder, die einen Erzberger und Rathenau, einen Garezis, „killen“, sondern eifrige Mitglieder dieser Partei sind auch noch etwas anderes. Heute stellte sich heraus, daß der Berchtesgadener Raubmörder eines der eifrigsten Mitglieder der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung in Nürnberg gewesen ist. Kehler ist, was das Beschimpfen anders gestimmter Bürger anlangt, ein gelehriger Schüler der völkischen Führer gewesen. Er hatte in den Versammlungen der Nationalsozialisten vortrefflich gelernt, wie man mit der Ehre politischer Gegner im „völkischen Sinne“ umzugehen hat. Keine Versammlung verging, wo Kehler nicht mit seinem völkischen Abzichten anwesend war und sein kräftiges „Heil“ brüllte. Mit den Führern der Bewegung war er gut bekannt und wohlgefällig rühte deren Auge auf dem begeistertesten jungen Mann. Aber nicht nur das. In der Ordnungszelle Bayern war es sogar möglich, daß solche Bußen wie Kehler, daß solches Lumpengesindel, wie es in der Nationalsozialistischen Partei zu finden ist, als Notpolizei Verwendung finden konnte. Als die Sozialdemokratische Partei im vergangenen Herbst ihren ermordeten Genossen Kramer zur Ruhe bestattete, da sah man am Abend auch Kurt Kehler als Notpolizisten durch die Straßen gehen, wie man ihn auch am „Deutschen Tag“ für Deutschlands „Erneuerung“ demonstrieren sah.“

**Ueber den nationalsozialistischen Raubmörder Kehler** geben die „Münchener Post“ und die „Frankfurter Tagespost“ folgendes Charakterbild: Der jugendliche Raubmörder Kurt Kehler wohnte bei seiner Mutter in Nürnberg. Er trug eine Zoppe und ging, nachdem er wegen des Diebstahls verurteilt worden war, vom Gymnasium ab. Die Mutter erlaubte ihm, nach Berchtesgaden zu fahren, gab ihm 40 Mark und rüstete ihn mit Wurst und anderen Nahrungsmitteln aus. Die Eltern — sie leben jetzt getrennt — hatten früher ein Hauschen bei Berchtesgaden gepachtet und Fremde beherbergt. Kurt Kehler kannte daher die Gegend sehr genau. Er kaufte sich noch in Nürnberg einen Revolver mit Munition, da ihm ein anderer Revolver, wie er angibt, gestohlen worden war. Kehler fuhr nach Berchtesgaden und nächtigte, da er keine andere Unterkunft fand, in einem Stadel. Den Studienrat Dr. Metz traf er zufällig auf dem Wege, schlief sich ihm an und schloß ihn bei passender Gelegenheit nieder. Kehler fuhr wieder nach Nürnberg; als eine anonyme Anzeige einlief, hielt die Polizei am 18. Juli in der Wohnung der Mutter Nachschau. Kehler hatte aber Wunde gezogen und hatte sich bereits entfernt. Er fuhr wieder nach Berchtesgaden und traf auf dem Wege nach Königsee bei Unterlein die in der zwanziger Jahren stehende Elsa Beyer aus Zwidau. Er schlug sie, es war abends 7 Uhr und noch sehr hell, mit einem Stock, den er sich kurz vorher gekauft hatte, nieder. Die Dame kürzte bewußtlos zusammen. Kehler schleppte sie vier Meter weit in ein Gebüsch und holte Jäddert und Handtasche, die die Dame hatte fallen lassen, ebenfalls ins Gebüsch herein. Hier bemerkte er, daß Elsa Beyer wieder zum Bewußtsein gekommen war. Sie stammelte einige unverständliche Worte. Aus Furcht, entdeckt zu werden, da außerhalb des Gebüsches, vier Meter von ihm entfernt, Leute vorübergingen, schloß er mit dem Messer auf sein Opfer ein und verletzte es schwer. Der Handtasche entnahm er 11 Mark. In Nürnberg wurde er im Hauptbahnhof entdeckt. Er floh, wurde aber aufgehalten und zur Polizeidirektion gebracht. Eine bei ihm gefundene Legitimationskarte bewies, daß er Mitglied der NSDAP-Bezirksgruppe Nürnberg war. Den Revolver mit sechs Schuss und das Messer trug er bei sich. Bei der Polizei gab er an, den Revolver habe er bei sich behalten, denn er habe nicht der Polizei lebend in die Arme fallen wollen, und er habe die Absicht gehabt, vor seiner Verhaftung noch mehrere in die ewigen Jagdgründe mitzunehmen. Nach Beendigung seines Verfahrens wurde Kehler der Staatsanwaltschaft Traunstein überstellt. — Die „Frankfurter Tagespost“ schreibt zu dem Fall: „In der völkischen Bewegung und in der nationalsozialistischen Partei sind nicht nur Pathologen, Größenwahnsinnige und Volksvorführer beheimatet, dort sitzen nicht nur politische Mordmörder, die einen Erzberger und Rathenau, einen Garezis, „killen“, sondern eifrige Mitglieder dieser Partei sind auch noch etwas anderes. Heute stellte sich heraus, daß der Berchtesgadener Raubmörder eines der eifrigsten Mitglieder der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung in Nürnberg gewesen ist. Kehler ist, was das Beschimpfen anders gestimmter Bürger anlangt, ein gelehriger Schüler der völkischen Führer gewesen. Er hatte in den Versammlungen der Nationalsozialisten vortrefflich gelernt, wie man mit der Ehre politischer Gegner im „völkischen Sinne“ umzugehen hat. Keine Versammlung verging, wo Kehler nicht mit seinem völkischen Abzichten anwesend war und sein kräftiges „Heil“ brüllte. Mit den Führern der Bewegung war er gut bekannt und wohlgefällig rühte deren Auge auf dem begeistertesten jungen Mann. Aber nicht nur das. In der Ordnungszelle Bayern war es sogar möglich, daß solche Bußen wie Kehler, daß solches Lumpengesindel, wie es in der Nationalsozialistischen Partei zu finden ist, als Notpolizei Verwendung finden konnte. Als die Sozialdemokratische Partei im vergangenen Herbst ihren ermordeten Genossen Kramer zur Ruhe bestattete, da sah man am Abend auch Kurt Kehler als Notpolizisten durch die Straßen gehen, wie man ihn auch am „Deutschen Tag“ für Deutschlands „Erneuerung“ demonstrieren sah.“

Ob der Dampfer auf einen Felsen gelaufen oder mit einem anderen Schiff zusammengestoßen ist, ist noch ungewiß.

**Erdbeben in Spanien.** In der Gemeinde Cargagente, in der Nähe von Valencia, verspürte man am Montag gegen 11 Uhr zwei Erdstöße binnen einer Viertelsunde. In Guelca wurde im Verlaufe des Vormittags ebenfalls ein Erdstoß verzeichnet, der sechs Sekunden andauerte. In mehreren Ortschaften im Gebirge waren bereits am letzten Dienstag mehrere Erdstöße verzeichnet worden.

**Mord aus Mitleid.** Ein in Warchau bekannter Schriftsteller, Jean Zygmanski, der im Krankenhaus in Willejnia an einem unheilbaren Krebs lag, wurde von seiner Braut erschossen. Die Mörderin erklärte nach ihrer Verhaftung, sie habe die Tat begangen, um dem schrecklichen Leiden des Mannes, den sie liebt, ein Ende zu machen. Sie selbst befindet sich in einem starken Schwächezustand, da sie sich vor kurzem zu einer Bluttransfusion hergab, um ihren Verlobten zu retten.

**Bergwerksunglück in Pennsylvania.** Durch schlagende Wetter sind in der Grube Cattes im Staate von Pennsylvania 200 Bergleute verunglückt worden. Bis jetzt sind 5 Leichen geborgen worden.

### Sport.

**Entscheidungsspiel um die Bundesmeisterschaft im Fußball in Dresden am 26. Juli.** Dresdener Sportverein 1910 gegen Stern-Breslau: 6 : 1, Halbzeit 2 : 0, Endverhältnis 14 : 2.

Das Entscheidungsspiel um die Bundesmeisterschaft bedeutet für alle Arbeiterportler ein Ereignis, über das auch den entferntesten Kreisen unserer Sportbewegung berichtet werden muß. In diesem Jahr hatte sich der D. S. B. 1910, dessen Ausfichten auf die Bundesmeisterschaft in den letzten Jahren stets beim Kreismeisterschaftsspiel gegen Leipzig-Stötteritz verloren gingen, doch einmal zum Entscheidungsspiel durchgezogen, das sie am 26. Juli in der Dresdener Städte-Kampfbahn gegen Stern-Breslau (14. Kreis) austrugen. Breslaus Spielstärke war nicht die, die man nach dem Abschneiden im Vorwettbewerb gegen den nordwestdeutschen Meister erwartete. Bei allem Eifer, den die Mannschaft mitbrachte, konnte sie dem ausgeprägten Systemspiel der Dresdener nicht Stand halten. Spielverlauf: Vom Anstoß weg zeigte sich bereits eine beinahe bedrückende Ueberlegenheit des D. S. B., die sich nicht nur in den bis zur Halbzeit erzielten 2 Toren, sondern vielmehr in den zahlreichen erzwungenen Ecken ausdrückte, die zum Teil durch den vorzüglich arbeitenden Breslauer Torwart verfehlt wurden. Einen Ball, den er in höchster Not abwehren wollte, faßte er in das eigene Tor zum ersten Erfolg für Dresden, dem ein unglücklicher Schuß des Halbrochen einen weiteren hinzufügte. Nach dem Seitenwechsel raffte sich Breslau etwas auf und schloß zunächst sein Schrentor. Der dadurch gewonnene Mut sank aber beim dritten Tor für Dresden wieder beträchtlich, worauf dann in gleichmäßigen Abständen die weiteren Treffer folgten. Ein Elfmeter wurde vom D. S. B. verfehlt. Der Schiedsrichter Hennemann (Mannheim-Neckarau) leitete zufriedenstellend. — Trotz des regnerischen Wetters waren sechs 900 Zuschauer anwesend, die dem neuen Bundesmeister verdienten Beifall spendeten.

**Sitzung der Protektorkommission** des 6. Bezirks am Mittwoch dem 30. 7., abends 8¼ Uhr, im Arbeitersportheim. Geladen werden hierzu je zwei Zeugen von VSB und Stodelsdorf, ferner die beiden Spielführer und der Gen. Obdgt. Abt. I, als Schiedsrichter. Es handelt sich um das Spiel Nr. 120 in Stodelsdorf. Die Protektorkommission muß vollständig vertreten sein. 5975) J. A.: H. Niemann.

### Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen.)

**Billige Volksbücher** aus dem Verlag Otto Wessel-Lübeck. Heutzutage, wo die Romanliteratur überflutet und sich zum Teil auch viel minderwertige und schnell wieder breitmachende, ist es sehr notwendig, das Augenmerk der Bevölkerung auf lehrswerte Bücher zu lenken. Der Verlag Otto Wessel trägt schon seit Jahren dazu bei, erstklassige Romane und Erzählungen von dauerndem Wert in breitere Kreise zu tragen und so den guten Geschmack zu vertiefen. Neben Jugend- und Volksbüchern gibt der Verlag auch unter dem Titel: Die bunten Reize eine Serie Hefchen heraus, die die besten Erzählungen heimischer Dichter und solcher der Weltliteratur enthalten. Sie sind auch gebunden zu haben. Uns liegen vor drei schöne Erzählungen Theodor Storms: Schweigen, Es waren zwei Königskinder und Immenhof, sowie Hoffmanns prächtige Geschichte: Das öde Haus. Alles Erzählungen von dauerndem Werte, die man immer gern wieder einmal liest. Und vor allem sind sie billig. Jedes mit einem hübschen farbigen Umschlag versehene Hefchen kostet nur 20 Pf. Für eine gut lesbare Schrift hat der Verlag Sorge getragen. Die Hefchen sind auch in der Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu haben.

### Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Das ozeanische Tiefdruckgebiet hat über dem Süden der britischen Inseln ein Teillief entwickelt, auf dessen Vorderseite der Druck stark gefallen ist. Da gleichzeitig das östliche Tiefdruckgebiet nur wenig schwächer zurückgewichen ist und über Südböhmen ebenfalls ein Teillief ausgebildet hat, ist eine breite Tiefdruckrinne entstanden, die von Südböhmen über die Nordsee und Südnordamerika hinweg bis zum Baltikum reicht und die unser Wetter zunächst beeinflussen wird.

**Wochensage für den 29. und 30. Juli 1924.**

Bei wenig veränderter Temperatur haben wir wolfiges Wetter mit Regenschauern zu erwarten. Strichweise erscheinendes Gemitter nicht ausgeschlossen. Für den 30. 7. ist mit zeitweiligem Aufklaren, mit Regenschauern und Abkühlung zu rechnen.

### Marktberichte.

**Getreide.** Hamburg, 28. Juli. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die stark erhöhten ausländischen Kurse haben nunmehr auch veranlaßt, daß die inländischen Forderungen sich in erheblichem Maße steigern; nur Bedingte müssen die hohen Preise anlegen, während sonst allgemein Zurückhaltung geübt wird. Preise in Rentenmark per 1000 Kilo (4,20 Rentenmark = 1 Dollar). Weizen 180 bis 188, Roggen 140 bis 146, Hafer 152 bis 156, Sommergerste 180 bis 188, Wintergerste 168 bis 176 Mk., alles ab inländischer Station einsch. Vorrommern. Ausländische Gerste feilg 208 bis 212, Waik loco, 156 bis 158 Mk., frei Rawaggon. Delfuchen hatten trotz aller Festigkeit nur wenig Geschäft.

**Futtermittel.** Hamburg, 28. Juli. Waik loco, 7,80 Mk., Reisfuttermittel (24%) 6,50; Palmkuchen 7,10; Palmkernschrot 6,30; inländische Weizenkleie loco, 5,50; Gerste loco, 9,60 Markt. Tendenz: sehr fest, aber geschäftslos.

**Heu und Stroh.** Hamburg, 28. Juli. Im Großhandel stellt sich der Preis für Wiesheu, loco, Ernte 1924, auf 2,80 Mk. da, gepreßt auf 3,50 Mk.; Getreidestroh, gebündelt auf 1,60 Mk., do. gepreßt 1,70 Mk. Alle Preise verstehen sich je Zentner frei Waggon Bahnhöfe Hamburg, Altona, Wandsbek, excl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

**Kleinhandelsnotierungen des Hamburger Fouragehandels.** Hamburg, 28. Juni. Hafer 10,50, Mischfutter 9,50, Gähnel 4.—, Wiesheu, gddl. 6.—, Preßstroh 3,50. (Alles per Zentner in Rentenmark.)



# Dixin

## Henkel's Seifenpulver



ist sparsam im Gebrauch  
und von ausgezeichneter  
Waschwirkung.

5966

### Amtlicher Teil

**Das Geleg- und Verordnungsblatt**  
der freien und Hansestadt Lübeck, Nr. 35 vom  
26. Juli 1924 enthält:

Wierter Nachtrag zu dem Geleg vom 13. Juli  
1912, betreffend die Erhebung von Zielabgaben  
von den Grundstücken des Strandgebietes Travemünde.  
— Zweiter Nachtrag zu der Bekanntmachung  
vom 6. Oktober 1923, betreffend die wert-  
beständige Erhebung des Hafens- und Lotsengeldes.  
— Bekanntmachung zur Ausführung des § 376  
Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung, Verord-  
nung über den Vertrieb von giftigen Pflanzenschutzmitteln.

Am 31. Juli 1924, vormittags 9 Uhr, wird  
der Kapitän **Fohs, Müller** vom deutschen Motor-  
segler „**Elfi Claudius**“ wegen seiner Reise von  
Nemel nach Lübeck im Gerichtshaus, Zimmer 9,  
Verklärung ablegen. (5998)

Amtgericht Lübeck.

### Bekanntmachung.

Der neue Bebauungsplan für Kücknis, Herren-  
wyl und Siems liegt vom 28. Juli bis zum  
11. August 1924 von 8-2 Uhr im Bauamt, Abt.  
Städterweiterung, aus.

Abzeichnungen des Entwurfes sind für M. 40.—,  
Zeichpläne für M. 20.— zu haben.

Einwendungen gegen den Entwurf sind unter  
schlüsslicher Begründung bis zum 18. August 1924  
einzureichen. (5971)

Lübeck, den 26. Juli 1924. Die Baubehörde.

### Nichtamtlicher Teil

Rachelofen gegen H. | Wo kann man für cig.  
eis. Ofen zu tauschen, | Gebrauchswoljack. häkeln  
nach 5 Uhr abends. (5995) | lernen u. u. w. Beding.?  
Finkenstraße 5, I. | Ang. u. D 272 a. d. G. (5997)

## Blocksäger

möglichst zu sofort gesucht.

Bedingung: Zuverlässiger sauberer Arbeiter, der  
auch versteht, die Blocksägen richtig zu feilen. Ang.  
unter **D 270** an die Exp. d. Bl. (5989)

### Dankfagung!

Für die vielen Be-  
weine herzlicher Teil-  
nahme b. dem Seim-  
gange unseres lieben  
Vaters (5986)

**Hermann Schumann**  
sprechen wir allen  
Verwandten u. Be-  
kannnten, sowie Herrn  
Hauptpastor Papen-  
brock für seine trost-  
reichen Worte unsern  
innigsten Dank aus.  
Die Kinder.

### GucheWohnstellen

(5965) Krähenstr. 30/4.

Chepaar, mit e. Kinde,  
i. Wohn. 3 Stub. u. Zub.  
Ang. u. D 268 a. d. G. (5970)

2-3-Wohn. (Stadt) g.  
gl. z. tausch. ges. Geg. al.  
Ang. u. D 267 a. d. G. (5969)

3-Zimmerwohnung geg.  
andere zu tauschen gesucht  
Ang. unt. D 271 an die  
Exp. d. Bl. (5991)

1 Kinderwagen billig  
zu verkaufen. (5987)  
Siedlung Dornbreite 78, I.

Möbl. Zimmer sofort  
zu vermieten (5978)  
Travemündstr. 45, I, I.

Möbl. Zimmer gesucht  
Ang. m. Preis u. D 269  
a. d. Exp. d. Bl. (5978)

Fast n. wobl. Kinder-  
kleid (5-7 J.) zu verk.  
(5977) Kanalfstr. 20, II, I, Ob.

Zu verkaufen 1 rote  
Blüschgarnitur. Zu be-  
nachm. um 5 Uhr. (5974)  
Karpfenstr. 9 a., II.

Neue Chaiselongue u.  
Schimmerstühle billig  
zu verk. Reiferstr. 26a. (5990)

Neue Herdplatte billig  
zu verkaufen. Branden-  
baumer Landstr. 95. (5997)

Raffetauben zu verk.  
(5991) Pricstr. 10.

Gute junge Milchziege  
billig zu verkaufen. (5982)  
Fackenburg Allee 45 b.

1 weiße hornlose va.  
Milchziege (5986)  
zu verkaufen.  
Standortstr. 16, II.

Verl. silb. Damenuhr.  
Rageb. Allee-Mandstr.  
abzugeben Jacobstr. 2.  
(5976)

Empfehle für den Winterbedarf:

## Kohlen:: Koks Briketts und Holz

frei Haus und ab Lager



Felzerstraße 24

Fernruf 948. Lager: Falkenstr. b. d. Kanalfähre

## Für Rad- und Motor- radfahrer

## Rad- und Automobilkarte von Schleswig- Holstein

angrenzende Gebiete  
und Groß-Hamburg

Preis 3 Mark

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“  
Johannisstraße 46

**Geschichte  
der deutschen Sozialdemokratie**  
von Franz Mehring — 2 Bände 16.— Mark  
Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“  
Johannisstraße 46.

Gebe einen Posten guter  
**Fahrräder**  
zu besonders billigen Preisen ab.  
Damenrad sehr kräftig . . . M. 100.—  
Herrenrad sehr kräftig . . . M. 95.—  
Großes Lager von Zubehörteilen!  
**Fahrrad-Haus  
Ernst Wehrendt**  
56 Engelswisch 56 (5993)

**Liebknechts  
Volksfremdwörterbuch**  
Gebunden Mk. 8.—  
Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“  
Johannisstraße 46.

Größtes Spezialhaus  
am Plage.  
**Spille & v. Lühmann**  
Feine Herren-  
und Knaben-Kleidung.  
Arbeiter-Berufskleidung.

**„TROCADERO“**  
Fernsprecher 787 LUBECK Schüsselbuden 4  
Täglich: Stimmungs-Konzerte.

Bevorzugen Sie  
die Marken-Biere der  
**Aktien-Bräuerei**  
Lübeck — U. & G.  
Fernsprecher 9007 und 99.

Huxstraße 38 **Thams & Garfs** Breite Str. 58  
Billigste Bezugsquelle in Kaffee — Tee — Kakao  
und sämtlichen Lebensmitteln.

**Promenaden-  
Café und  
Konditorei**  
Breite Straße 65 Fernsprecher 415  
Täglich: Künstler-Konzert.

Herrn-Modewaren — Wäsche  
**Louis Graff**  
Holstenstraße 20  
Hüte — Mützen

**Welche Firmen müssen unsere Leser kennen?**  
A. Geschäftliche Rundschau und Dauer-Fahrplan. (Musterschutz).  
**Abfahrt der Züge von Lübeck nach:**  
Hamburg: 522, 744W, 750, 942D, 1108, 128, 344, 417, 718D, 722, 820D, 930, 935, 1124S.  
Travemünde-Niendorf: 522W, 800, 940S, 947, 135, 207, 415, 722, 925.  
Lübeck (Lübeck): 509W, 800, 910S, 130, 418D, 600, 920S.  
Lübeck (Miel): 714, 942S, 1206, 142D, 200, 652. **Segeberg:** 1000S, 130W, 720.  
Meine: 720, 942D, 942D, 1202W, 524, 722D, 922. (Ohne Gewähr. — Musterschutz).

**Hanseatische Torfverwertungs-  
Aktien-Gesellschaft**  
Lübeck, Engelsgrube 44.

**Konditorei und Café Stammer**  
Lindenplatz  
ANGENEHMER AUFENTHALT!

**Holz - Torf  
Großhandel.**  
Waggon-, Kahnladungen.  
Fernsprecher 884. Tel.-Adr.: Torfbrikett.

Größtes Spezialhaus für  
Koffer, Lederwaren,  
Reiseartikel  
**Fränkel**  
Breitestr. 35, Holstenstr. 4

**Kohlen-Ihrke**  
Telephon 3605, 3606, 3607.

Nur gute  
Schuhe  
Schuhwarenhaus  
**Auguste Popp**  
sind  
billig!

**W. Schild :: Schlutup**  
Das vornehmste Einkaufshaus für  
Damen-, Kinder-, Herren-Konfektion,  
Manufaktur- und Kurzwaren.

**Kaufhaus Max Kankel  
Schlutup.**

**J. Ramm, Schlutup**  
Inh.: Fr. Eitrop.  
Leinen, Baumwollwaren, Wäsche,  
Kleiderstoffe, Wollwaren, Strümpfe  
Arbeiter-Berufskleidung.